



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

22. Jahrgang · Heft 6

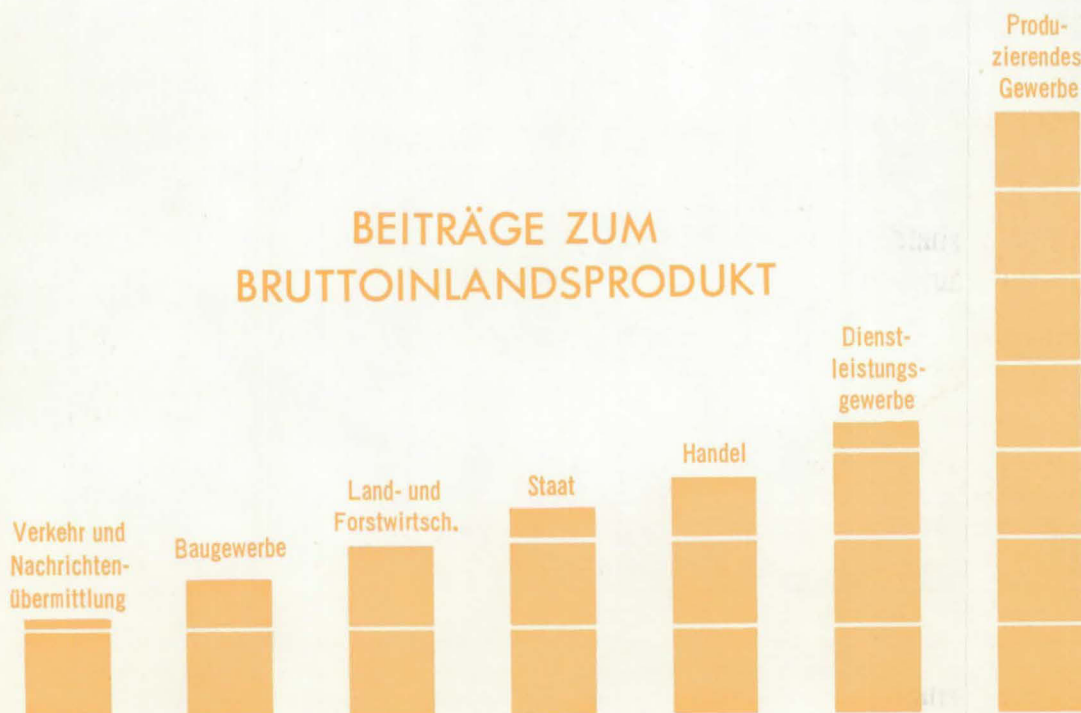
Juni 1970

Grafik des Monats: Industriestandorte 1969

Aufsätze: Gebäude und Wohnungen 1968 (Teil 1)
Industrie in der Hochkonjunktur
Anbau und Ernten 1969
Tuberkulosehilfe 1968

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1968/69	1969/70	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt November bis März ¹		
INDUSTRIE²				
Produktionsindex	1962 = 100	147	159	+ 8
Beschäftigte	1 000	180	189	+ 5
Umsatz ³	Mill. DM	905	1 009	+ 11
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	23	24	+ 4
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5,8	4,9	- 14
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 858	1 939	+ 4
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	160,8	186,3	+ 16
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	130,4	156,8	+ 20
VERKEHR				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 482	6 655	+ 21
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	106,9	107,4	+ 0
Grundstoffpreise	1962 = 100	100,3	104,8	+ 4
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1962 = 100	99,9	105,4	+ 6
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	106,2	107,0	+ 1
Lebenshaltung⁴				
insgesamt	1962 = 100	117,9	121,7	+ 3
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	112,6	115,9	+ 3
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ⁵	Mill. DM	2 387	3 009	+ 26
mittel- und langfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	9 677	11 750	+ 21 ^a
Spareinlagen ⁷	Mill. DM	4 696	5 243	+ 12
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁸	Mill. DM	60	75	+ 26
Landessteuern ⁹	Mill. DM	112	134	+ 19
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	52	46	- 12
Lohnsteuer	Mill. DM	66	88	+ 33

1) bei "Geld und Kredit": Oktober bis Februar

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Baubranche und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962

5) an die Nichtbankenlandschaft 6) an die Nichtbankenlandschaft; einschließlich durchlaufender Kredite

7) Bestand am Monatsende 8) einschließlich Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer

9) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern

a) wegen Umstellung der Bankenstatistik zum Dezember 1968 ist kein Vergleich möglich



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

22. Jahrgang · Heft 6

Juni 1970

Aktuelle Auslese

Nachwahl in Pinneberg

In Pinneberg mußte die Kreiswahl 1970 in einem Wahlbezirk nachgeholt werden, weil ein Bewerber kurz vor der Wahl verstarb. Das

Wahlinteresse war für diese Nachwahl mit einer Wahlbeteiligung von 28,6% sehr gering. Die CDU erhielt dabei 62,7% der gültigen Stimmen und die SPD 32,7%. Damit hatte die Nachwahl zwar keinen Einfluß auf die Sitzverteilung für den Kreistag in Pinneberg, die CDU wurde jedoch stärkste Partei im Kreis. Nach den Ergebnissen vom 26. April 1970 lag die SPD mit 45,6% knapp vor der CDU mit 45,3%. Jetzt ist die CDU mit 45,5% an die erste Stelle gerückt vor die SPD mit 45,4%.

Zahl der Studenten fast konstant

Im Sommersemester 1970 hatte die Christian-Albrechts-Universität in Kiel zusammen mit der Medizinischen Akademie Lübeck knapp 7 800 Studenten, gut 100 Studenten weniger als im Wintersemester 1969/70, aber knapp 100 mehr als im Sommersemester 1969. Der leichte Rückgang gegenüber dem Wintersemester 1969/70 hängt damit zusammen, daß die Zahl der Studienanfänger in den letzten Jahren im Wintersemester immer höher gewesen ist als im Sommersemester. Der Hauptgrund dafür sind die Reifeprüfungen im Sommer.

Die Sommergäste werden erwartet

In den 136 Berichtsgemeinden zur Fremdenverkehrsstatistik stehen im Sommer 1970 rund 176 000 Fremdenbetten für Gäste bereit, das sind 12 000 Betten oder 7% mehr als im Sommer 1969. Die Zahl der Fremdenbetten in den Beherbergungsbetrieben

erhöhte sich allerdings nur um 2% auf 75 000 Betten. Wesentlich stärker, nämlich um 12% auf 101 000, stieg die Zahl der Betten in Privatquartieren. Hier wirkt sich die erhebliche Zunahme von neugebauten Appartementwohnungen, die vorübergehend auch Gästen zur Verfügung gestellt werden, besonders aus. 83% aller Fremdenbetten werden in den Seebädern angeboten.

Scharlach an der Spitze der meldepflichtigen Krankheiten

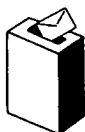


Auf der Liste der meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten steht Scharlach an erster Stelle. Im Jahre 1969 wurden in Schleswig-Holstein 1 445 Scharlachkrankungen angezeigt, 5% mehr als 1968. Die Erkrankungsziffer war 1969 mit 57 Erkrankungen je 100 000 Einwohner etwas höher als 1968 mit 55 Erkrankungen. Die meisten Erkrankungen gab es in den Wintermonaten.

Erheblicher Anstieg der Baupreise



Der Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet (Bauleistungen am Gebäude) auf der Basis 1962 = 100 ist von 132,6 im November 1969 auf 140,8 im Februar 1970 gestiegen. Er liegt damit um 6% höher als im November 1969. Das ist der höchste Anstieg in allen Quartalen seit August 1961. Gegenüber Februar 1969 hat sich der Preisindex für Wohngebäude um 15% erhöht. Am stärksten, nämlich um 17%, sind in einem Jahr die Preise für die Erd- und Grundbaurarbeiten sowie für die Rohbaurarbeiten in die Höhe geklettert. Wie aus den bis Mai 1970 eingegangenen Preisunterlagen zu erkennen ist, werden die Baupreisindizes weiter merklich ansteigen.



Aus dem Inhalt

Gebäude und Wohnungen 1968 (Teil 1)

Seite 131

Im ganzen Lande wurden 449 000 Gebäude und Unterkünfte gezählt; in diesen befanden sich über 862 000 Wohnungen und Wohngelegenheiten. Beide Zahlen sind gegenüber 1950 bedeutend angestiegen, die der Wohngebäude um 67 %, die der Wohnungen um 84 %. Während rechnerisch 1950 mehr als 5 Einwohner sich eine Wohnung teilen mußten, waren es 1968 nur noch drei. Ähnlich verlief es bei den Unterkünften und den Wohngelegenheiten, von denen allein seit 1961 drei Fünftel abgeschafft werden konnten. Statt 88 500 Personen wohnten 1968 nur noch 31 200 in Unterkünften. Die überaus starke Bautätigkeit nach dem 2. Weltkrieg schlägt sich in hohen Anteilen von Wohngebäuden (48 %) und Wohnungen darin (50 %) nieder, die 1949 und später gebaut wurden. Die Ausstattung einer Wohnung, also die Art ihrer Wasserversorgung und der Fäkalienbeseitigung, hängt stark von der Größe der Gemeinde ab, in der sie sich befindet. Im Landesmittel haben 84 % der Wohnungen in Wohngebäuden Anschluß an das Wassernetz und weitere 13 % eine eigene Wasserversorgungsanlage. Anschluß an die Kanalisation für Fäkalien haben 63 %, und weitere 27 % verfügen über eine Hauskläranlage. Die Wohnungen sind, gemessen an der Zahl der Räume, seit 1956 größer geworden. 1968 hatten schon 32 % von allen 5 und mehr Räume, 12 Jahre zuvor erst 21 %. Dagegen ist der Anteil der Wohnungen mit 1 und 2 Räumen von 13 % auf 7 % gesunken. Für Mietwohnungen mußte 1968 im Durchschnitt ein Preis von 2,38 DM je m² gezahlt werden, der sich nach dem Baualter stark staffelt; z. B. kosten freifinanzierte Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung, 1949 und später gebaut, bereits 3,51 DM je m². Feststellungen über die Rechtsverhältnisse und die Personenzahl der Wohnparteien schließen diesen ersten Teil der Darstellung der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 ab. Obwohl die Zählung am 25. 10. 1968, also weit vor der Kreis-Gebietsreform in Schleswig-Holstein durchgeführt wurde, beziehen sich die regionalen Ergebnisse bereits auf die neuen, ab 26. 4. 1970 bestehenden Kreise.

Industrie in der Hochkonjunktur

Seite 136

Die Zahl der Beschäftigten in den Industriebetrieben des Landes überschritt im März 1970 erstmalig 190 000, also rund 20 000 mehr als Anfang 1968. Diese Zunahme verteilte sich etwa gleichmäßig auf beide Jahre. In den einzelnen Industriezweigen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Im Maschinenbau kamen etwa 3 500 Beschäftigte hinzu, die Mehrzahl erst 1969. Die elektrotechnische Industrie konnte ihren Beschäftigtenstand um 4 600 Personen ausbauen, die etwa gleichmäßig in beiden Jahren dazukamen. Für die chemische Industrie ergibt sich ebenfalls eine kräftige Zunahme, und zwar um 1 200; das Niveau lag 1969 um 10 % über dem von 1968. Relativ sehr kräftig, nämlich um 42 %, war die Zunahme mit 1 100 Beschäftigten bei der Kunststoff-

verarbeitung. Auch im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie stieg die Beschäftigtenzahl um 2 200. In der feinmechanischen und optischen Industrie zeigte sich erst 1969 ein Zuwachs um 1 000 Beschäftigte. Keine Zunahme, wohl aber Schwankungen, verzeichnet die Textilindustrie. Auch im Schiffbau und der Industrie der Steine und Erden herrschen besondere Verhältnisse. Die Expansion 1968 und die Hochkonjunktur 1969 haben den Beschäftigtenstand in den einzelnen Kreisen des Landes sehr unterschiedlich verändert. Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden in den Kreisen Pinneberg, Stormarn, Flensburg und Neumünster, nämlich zusammen 9 600. Abschließende Überlegungen gelten der Frage, woher die zusätzlichen Industriebeschäftigten wohl gekommen sein mögen.

Anbau und Ernten 1969

Seite 143

Die Frühjahrsbestellung konnte 1969 infolge des lange anhaltenden Winterwetters erst sehr spät beginnen. Noch im Juni stand die Vegetation nicht der Jahreszeit entsprechend. Später folgten hohe Temperaturen und Trockenheit, die mitunter zu vorzeitiger Abreife führten. Die Rüben-ernte wurde hie und da durch sehr starke Niederschläge erschwert. – Infolge niedrigerer Erträge wurden trotz leicht ausgedehnten Anbaus 6 % weniger Getreide geerntet als 1968, nämlich 1,5 Mill. t. Ein um 8 % höherer Ertrag als im Vorjahr wurde lediglich bei Sommergerste ermittelt. Die Qualität des Getreides war allgemein sehr gut. Die Ölflechternte (Raps und Rübsen) blieb trotz Anbauausdehnung um 12 % unter der Vorjahresernte. Der Kartoffelanbau war infolge unzureichender Erlöse weiter eingeschränkt worden. In Verbindung mit den extremen Witterungsverhältnissen blieb die Kartoffelernte mit 260 000 t um ein Drittel unter der Ernte von 1968. Auch die Zuckerrüben-erträge erreichten mit 354 dz/ha nicht den Standard und das Vorjahresergebnis (– 9 %), doch waren die Zuckergehalte 1969 überdurchschnittlich hoch, nämlich über 16 %. Der Gemüseanbau war 1969 nochmals erheblich eingeschränkt worden. Viele frühe Arten haben unter dem Wetter gelitten, besonders die Buschbohnen-erträge fielen stark ab. Die Apfelernte war überaus reichlich und deshalb nur schwer und zu ungenügenden Preisen abzusetzen.

Tuberkulosehilfe 1968

Seite 147

Eine Zusatzstatistik befaßte sich 1968 mit den Empfängern von Tuberkulosehilfe. Ihre Ergebnisse zeigen u. a., daß nur die Hälfte von ihnen selbst krank ist; die übrigen sind Angehörige, die so gut wie alle laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen, während bei den Kranken und Genesenen doch auch die Heilbehandlung mit 43 % häufig vorkommt. Allerdings dominiert auch bei dieser Personengruppe unter den Sozialhilfeleistungen die Hilfe zum Lebensunterhalt (92 %). Die Altersgliederung läßt die Kranken und Genesenen umso stärker hervortreten, je älter die Empfänger von Tuberkulosehilfe sind.

Gebäude und Wohnungen 1968

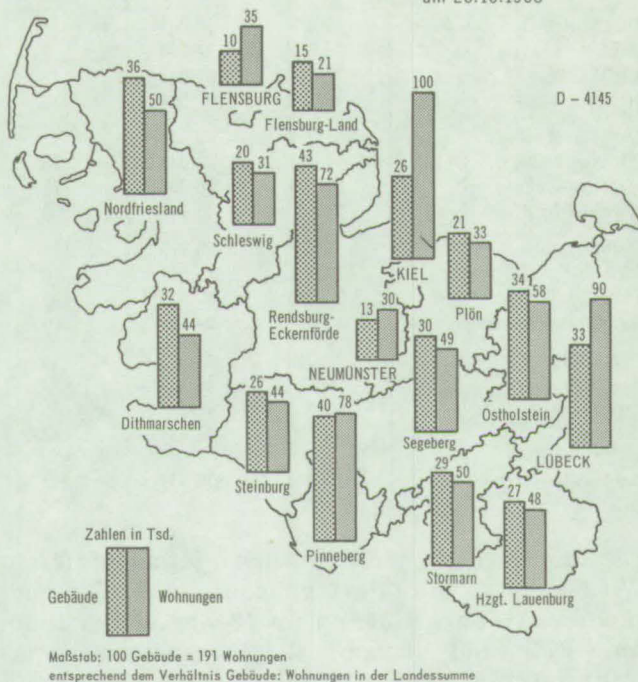
Teil 1

Am 25. Oktober 1968 wurden, 12 Jahre nach der letzten ausführlichen Wohnungszählung im Jahre 1956, erneut die Bestände an Gebäuden und Wohnungen aufgenommen. Diese Bestandsaufnahme ist von besonderer Bedeutung, weil sich gerade in der Zeit zwischen den beiden Zählungen sehr starke Wandlungen in der Art und Qualität des Wohnungsbestandes, in der Wohnungsversorgung und in den rechtlichen Wohnverhältnissen ergeben haben. Zwar wurden im Zusammenhang mit der Volkszählung 1961 und aus den beiden 1%-Wohnungstichproben 1960 und 1965 gewisse Unterlagen für Planungen und Entscheidungen auf dem Gebiet des Wohnungswesens gewonnen, sie mußten aber aus technischen Gründen viele Fragen offen lassen. 1961 wurde weitgehend auf zusätzliche Fragen über Gebäude und Wohnungen verzichtet, um das gesamte Zählungswerk zu entlasten. Man begnügte sich damit, das für die Durchführung der eigentlichen Volkszählung benötigte Leitpapier in Form einer Gebäudeliste zu gestalten. So mußten für die Wohnungspolitik wesentliche Gesichtspunkte wie Angaben über die Wohnungsgrößen, die Mieten und die Struktur der Wohnparteien unberücksichtigt bleiben. Die Stichproben dagegen brachten zwar sachlich detaillierte Unterlagen, es fehlte aber die Gliederung nach Gemeinden und Kreisen, die für die regionalen Entscheidungen auf dem Gebiet des Städtebaus und Wohnungswesens benötigt wird. Die Wohnungszählung 1968 bringt nun neue, sowohl sachlich als auch regional tief gegliederte Ergebnisse. So werden in der Gemeindestatistik 1970, Teil "Gebäude und Wohnungen", für jede Gemeinde 107 gebäude- und wohnungsstatistische Daten ausgewiesen. Diese Daten können außerdem zum Beispiel für Zwecke der Städteanierung in kleinräumlicher Gliederung erstellt werden. Zusätzlich ist eine umfangreiche Aufbereitung nach Kreisen und größeren Städten sowie für das Land vorgesehen.

Die Gebäude- und Wohnungszählung wurde nach dem Gebietsstand am Zählungstichtag - also nach den Verhältnissen vor der Gebietsreform vom 26. April 1970 - durchgeführt. Aus Gründen der Aktualität wurden die Ergebnisse aber manuell für die neuen 12 Kreise und 4 kreisfreien Städte anstelle der bisherigen 17 Kreise und 4 kreisfreien Städte ermittelt. Außerdem ist die am 1. Januar 1970 durchgeführte Ausgliederung der Gemeinden Garstedt und Friedrichsgabe aus dem Kreis Pinneberg und der Gemeinden Harksheide und Glashütte aus dem Kreis

Gebäude und Wohnungen in den Kreisen

am 25.10.1968



Stormarn und deren Zusammenschluß zur Stadt Norderstedt im Kreis Segeberg berücksichtigt. Wenn im folgenden also auf eine kreisweise Darstellung eingegangen wird, dann sind die jetzt bestehenden Kreise gemeint.

In die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 wurden Wohngebäude, sonstige Gebäude (zum Beispiel Fabrik- und Verwaltungsgebäude, Geschäftshäuser, Anstaltsgebäude), Wochenend- und Ferienhäuser und ständig bewohnte Unterkünfte (zum Beispiel Baracken, Behelfsheime, Wohnschiffe) einbezogen. Aus finanziellen Gründen nicht erfaßt wurden Anstaltsgebäude und Wohnheime ohne Wohnungen. In den ermittelten Gebäuden, Wochenend- und Ferienhäusern sowie Unterkünften wurden alle Wohnungen und Wohngelegenheiten gezählt.

Gebäude und Unterkünfte

In Schleswig-Holstein wurden am 25. Oktober 1968 insgesamt rund 449 000 Gebäude und Unterkünfte mit etwa 836 000 Wohnungen und rund 26 100 Wohngelegenheiten erfaßt, wobei unter Wohngelegenheiten Wohneinheiten zu verstehen sind, die im Gegensatz zu Wohnungen keine eigene Küche oder Kochnische haben oder - auch mit solchen - im Kellergeschoß oder in Unterkünften liegen.

Gebäude und Wohnungen in den Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Wohngebäude		Wochenend- und Ferienhäuser		Sonstige Gebäude mit Wohnungen		Bewohnte Unterkünfte	
	Gebäude	darin Wohnungen	mit 50 und mehr qm	unter 50 qm	Gebäude	darin Wohnungen	Unterkünfte	darin Wohn- gelegenheiten
FLENSBURG	9 859	34 265	6	24	489	1 126	139	327
KIEL	24 807	97 534	9	19	910	2 032	854	1 370
LÜBECK	31 512	87 245	19	28	1 069	2 281	540	1 001
NEUMÜNSTER	12 338	29 356	2	5	349	682	270	391
Dithmarschen	31 357	42 376	142	83	1 045	1 619	343	502
Flensburg-Land	14 651	20 846	76	137	373	506	116	136
Hzgt. Lauenburg	26 501	46 284	133	571	806	1 226	501	733
Nordfriesland	34 685	48 113	800	280	1 666	2 206	248	445
Ostholstein	32 757	55 999	716	1 145	1 488	2 170	539	828
Pinneberg	38 341	75 697	28	66	1 223	1 874	803	1 221
Plön	20 210	32 582	185	470	578	892	369	454
Rendsburg-Eckernförde	42 059	69 618	260	643	1 255	1 950	751	1 108
Schleswig	19 063	30 275	41	89	637	1 003	170	282
Segeberg	29 285	48 309	74	141	763	1 123	507	653
Steinburg	25 466	43 374	26	41	670	1 058	259	478
Stormarn	28 302	48 641	47	197	769	1 157	927	1 128
Schleswig-Holstein	421 193	810 514	2 564	3 939	14 090	22 905	7 336	11 057

Die Zahl der Wohngebäude (einschließlich Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 und mehr qm) ist gegenüber dem 13. September 1950 um 67% auf knapp 423 800 angestiegen, während die Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden sogar um 84% auf gut 836 000 anwuchs. Damit hat sich die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen erheblich verbessert. Während 1950 noch nicht einmal auf jeden fünften Einwohner eine Wohnung kam, hatten 1968 bereits je drei Einwohner eine Wohnung.

Dieser Entwicklung entsprechend ist die Zahl der Unterkünfte gesunken. Es gab 1968 nur noch 7 336 Unterkünfte mit 11 057 Wohngelegenheiten gegenüber 16 265 Unterkünften mit 28 497 Wohngelegenheiten im Jahre 1961. In sieben Jahren sind damit drei Fünftel der Wohngelegenheiten in Unterkünften abgeschafft worden. Lebten 1961 noch etwa 88 500 Personen in Unterkünften, so waren es 1968 nur noch rund 31 200. Außer den Wohngelegenheiten in Unterkünften gab es noch etwa 10 000 Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden.

Zählungs- stichtag	Wohngebäude ¹	Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden ¹	
	Anzahl	je 100 Einwohner	
13. 9. 1950	253 302	454 199	18
25. 9. 1956		569 306	25
6. 6. 1961	345 752	674 783	29
25. 10. 1968	423 757	836 027	33

¹) einschließlich Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 und mehr qm

Nahezu die Hälfte der Wohngebäude und über die Hälfte der Wohnungen in Wohngebäuden sind 1949 und später gebaut worden. Bei den landwirtschaftlichen Wohngebäuden ist es wesentlich anders, denn über die Hälfte der Gebäude und Wohnungen sind 1900 und früher entstanden. Von den Wohngebäuden insgesamt ist immerhin auch noch nahezu jedes vierte Gebäude aus dem vorigen Jahrhundert, und etwa jede fünfte Wohnung befindet sich in diesen Gebäuden.

Jedes zehnte Wohngebäude ist ein landwirtschaftliches Wohngebäude, weitere knapp 60% sind nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer Wohnung, so daß mehr als zwei Drittel der Wohngebäude nur eine Wohnung enthalten. Etwa jedes siebente Wohngebäude hat drei und mehr Wohnungen.

Ausstattung der Wohnungen

Fast alle Wohnungen in Wohngebäuden haben einen Anschluß an das Wassernetz oder eine eigene Wasserversorgungsanlage, wobei die Art der Wasserversorgung sehr stark von der Größe der Gemeinden abhängt. Während in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern etwa die Hälfte der Wohnungen einen Anschluß an das Wassernetz und etwa zwei Fünftel eine eigene Wasserversorgung hatten, waren die entsprechenden Anteile in Gemeinden mit 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern etwa vier Fünftel und ein Sechstel. Fast jedes siebente Wohngebäude und jede zehnte Wohnung haben weder einen Anschluß an die Kanalisation für Fäkalien noch eine Hauskläranlage. Auch hier sind die Verhältnisse in den großen

Wohnungen nach der Art der Wasserversorgung und Fäkalienbeseitigung in den Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Wohnungen (ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern)	darunter in %			
		mit Anschluß an das Wassernetz	mit eigener Wasser- versorgungs- anlage	mit Anschluß an Kanalisation für Fäkalien mit oder ohne Schmutzwasser- beseitigung	mit Hauskläranlage
unter 2 000	188 279	52	39	9	64
2 000 bis " 5 000	82 496	82	16	47	42
5 000 " " 10 000	92 429	85	13	63	30
10 000 " " 20 000	102 074	95	4	77	18
20 000 " " 50 000	119 857	98	1	86	11
50 000 " " 100 000	61 547	98	1	95	4
100 000 und mehr	186 737	99	1	91	6
Schleswig-Holstein	833 419	84	13	63	27

Gemeinden wesentlich günstiger als in den kleinen. Hatte in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern nicht einmal jede zehnte Wohnung einen Anschluß an Kanalisation, so war das in Gemeinden zwischen 2 000 und 5 000 Einwohnern schon bei fast jeder zweiten Wohnung der Fall. Noch mindestens jede vierte Wohnung hat in den kleinsten Gemeinden weder einen Anschluß an Kanalisation noch eine Hauskläranlage.

Mindestens jede dritte Wohnung hat Bad, WC und Sammelheizung (Fern-, Zentral- oder Etagenheizung) und fast zwei Drittel aller Wohnungen haben Bad und WC. Andererseits ist bemerkenswert, daß immer noch fast jede

vierte Wohnung (23%) so mangelhaft ausgestattet ist, daß sich innerhalb der Wohnung keine Toilette mit Wasserspülung befindet. Bei 9% ist außerhalb der Wohnung im Gebäude (auf halber Etage oder im Keller) ein WC und bei 14% ist eine Toilette mit Wasserspülung nur außerhalb des Gebäudes oder gar nicht vorhanden.

Fast jede zweite Wohnung in Schleswig-Holstein wird noch durch Einzel- oder Mehrraumöfen für feste Brennstoffe beheizt. Etwa zwei Fünftel aller Wohnungen sind einer Sammelheizung angeschlossen. In den übrigen Wohnungen stehen Einzel- oder Mehrraumöfen für Öl, Gas und Strom.

Wohnungen in den Kreisen nach der Ausstattung und Beheizung

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnungen (ohne solche in Wochenend- und Ferien- häusern)	davon in %					
		nach der Ausstattung			nach der Beheizung		
		mit Bad und WC	ohne Bad mit WC in der Wohnung	ohne WC in der Wohnung	mit Sammelheizung	mit Einzel- oder Mehrraumöfen für Öl, Gas, Strom	für Holz, Kohle, Torf
FLENSBURG	35 391	55,0	10,2	34,8	33,1	16,2	50,7
KIEL	99 566	63,7	10,8	25,5	41,9	7,6	50,5
LÜBECK	89 526	65,6	18,5	15,9	31,2	12,8	56,0
NEUMÜNSTER	30 038	61,0	16,1	22,9	30,5	13,0	56,5
Dithmarschen	43 995	59,2	12,2	28,6	37,6	15,0	47,4
Flensburg-Land	21 352	60,4	11,5	28,1	34,7	21,8	43,4
Hzgt. Lauenburg	47 510	66,5	12,1	21,4	41,3	13,9	44,8
Nordfriesland	50 319	65,8	13,4	20,8	45,9	12,9	41,2
Ostholstein	58 169	63,5	13,0	23,5	34,9	13,8	51,3
Pinneberg	77 571	74,4	8,7	16,9	56,5	9,7	33,8
Plön	33 474	61,6	10,6	27,8	34,7	12,5	52,7
Rendsburg-Eckernförde	71 568	63,4	9,6	27,0	38,9	11,4	49,7
Schleswig	31 278	58,7	11,3	30,0	37,0	16,7	46,3
Segeberg	49 432	74,4	8,4	17,2	53,4	14,3	32,4
Steinburg	44 432	60,5	10,2	29,3	38,9	13,4	47,7
Stormarn	49 798	72,1	9,2	18,7	55,0	12,8	32,1
Schleswig-Holstein	833 419	65,0	11,7	23,3	41,2	12,7	46,1

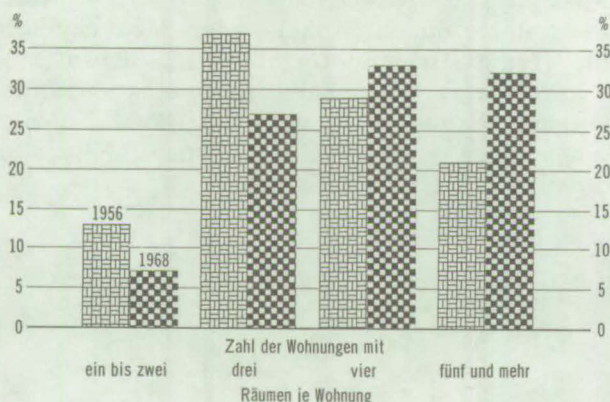
Größe der Wohnungen

Fast zwei Drittel aller Wohnungen haben vier und mehr Räume, und nur 7% aller Wohnungen sind ausgesprochene Kleinwohnungen mit ein bis zwei Räumen. Zu den Räumen einer Wohnung gehören neben Wohn- und Schlaf-räumen auch Küche, untervermietete und gewerblich genutzte Räume. Nicht dazu gehören Nebenräume wie Badezimmer, Toilette, Flur, Speise- und Abstellkammer. Räume mit weniger als 6 qm Wohnfläche werden nicht mitgezählt. Gegenüber 1956 ist der Anteil der Kleinwohnungen von 13 auf 7% gesunken, während der Anteil der Wohnungen mit 4 und mehr Räumen von 50% in hohem Maße, nämlich um 15 Punkte, auf 65% angestiegen ist. Fast jede dritte Wohnung hat heute bereits fünf und mehr Räume. Der Trend zur größeren Wohnung ist also offensichtlich. Die dargestellte Entwicklung bei den Wohnungsgrößenklassen tritt selbstverständlich auch in der Durchschnittszahl der Räume je Wohnung in Erscheinung, die sich gegenüber 1956 von 3,7 auf 4,1 Räume je Wohnung erhöht hat.

Wohnungsgröße in Schleswig-Holstein

D - 4146

1956 und 1968



Unterschiede zwischen den Kreisen

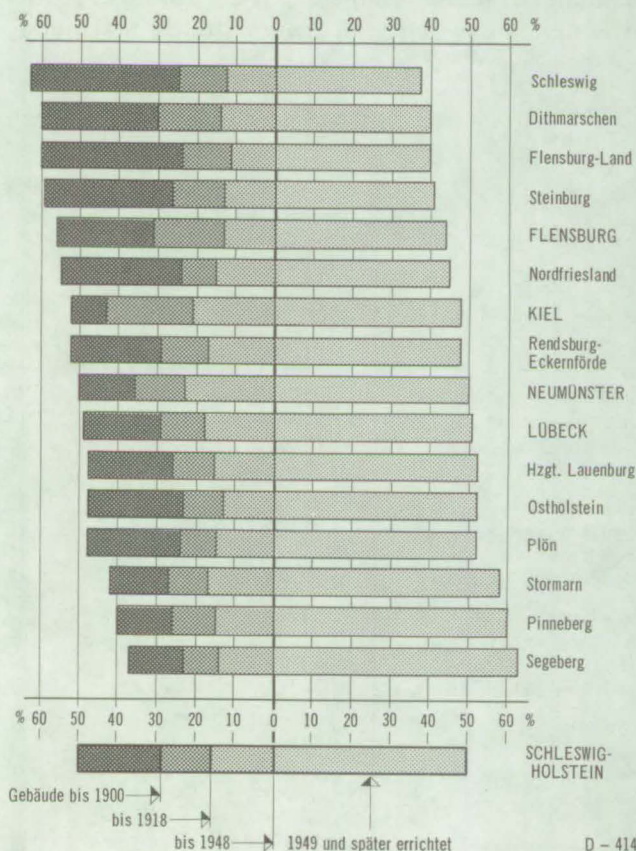
Bei einem Vergleich der Wohnungsgrößenklassen nach Kreisen zeigt sich, daß in den ländlichen Kreisen, in denen die nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude mit einer Wohnung und die landwirtschaftlichen Wohngebäude vorherrschen, der Anteil der großen Wohnungen teilweise wesentlich höher ist als in den industrialisierten Hamburger Randkreisen. So liegt der Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen im Kreis Flensburg-Land bei 45% und im Kreis Nordfriesland bei 44%, während sich in dem Kreis Pinneberg nur 29% und im Kreis Steinburg nur 32% der Wohnungen in dieser Größenklasse befinden. In den kreisfreien

Städten liegen die Anteile dieser Großwohnungen zwischen 18% in Kiel und 26% in Flensburg.

Auch hinsichtlich des Alters der Wohnungen sind beim Vergleich der Kreise zum Teil erhebliche Unterschiede festzustellen. So reicht der Anteil der nach 1948 gebauten Wohnungen von 37% im Kreis Schleswig bis zu 63% im Kreis Segeberg. Auch in den übrigen Hamburger Randkreisen Pinneberg (60%), Stormarn (58%) und Hzgt. Lauenburg (52%) sind mehr als die Hälfte der Wohnungen nach 1948 gebaut worden. Vor der Neubildung der Stadt Norderstedt und ihrer Zuordnung zum Kreis Segeberg betrug der Anteil der nach 1948 errichteten Wohnungen im Kreis Pinneberg 62%, im Kreis Stormarn 61% und im Kreis Segeberg 55%. Verhältnismäßig wenige neue Wohnungen gibt es außer im Kreis Schleswig in den Kreisen Flensburg-Land (40%), Dithmarschen (40%) und Steinburg (41%). In den Kreisen Schleswig, Flensburg-Land und Steinburg ist mindestens jede dritte Wohnung vor 1901 entstanden. In den vier kreisfreien Städten reicht der Anteil der 1949 und später errichteten Wohnungen von 51% in Lübeck bis zu 44% in Flensburg und der bis 1900 gebauten Wohnungen von 9% in Kiel bis zu 25% in Flensburg.

Die Wohnungen nach dem Baualter

am 25.10.1968



D - 4147

Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden nach Ausstattung und Durchschnittsmiete in DM/qm in Schleswig-Holstein

Ausstattung	Anzahl	Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden mit Mietangabe insgesamt	davon in ... errichteten Gebäuden				
			bis 1918	1919 bis 1948	1949 oder später		
					freifinanziert	öffentlich gefördert	
				1949 bis 1957	1958 oder später		
Mietwohnungen		390 931	129 553	57 230	67 178	61 223	75 747
	D-Miete in DM/qm	2,38	1,91	2,09	3,21	2,24	2,67
darunter							
mit Bad, WC und	Anzahl	117 605	12 777	11 909	45 743	9 306	37 870
Sammelheizung	D-Miete in DM/qm	3,00	2,52	2,53	3,51	2,50	2,88
mit Bad, WC, ohne	Anzahl	119 532	19 297	15 245	13 767	38 102	33 121
Sammelheizung	D-Miete in DM/qm	2,30	2,11	2,07	2,61	2,27	2,45
ohne Bad,	Anzahl	54 080	21 187	15 626	17 267		
mit WC	D-Miete in DM/qm	1,94	1,88	1,93	2,05		

1) ohne Dienst-, Werks-, Berufs- und Geschäftswohnungen

Auch in ihrer Ausstattung nehmen die Wohnungen in den Hamburger Randkreisen eine besondere Stellung ein, denn jeweils etwa die Hälfte der Wohnungen in den Kreisen Pinneberg, Stormarn und Segeberg haben Bad, WC und Sammelheizung und jeweils fast drei Viertel der Wohnungen in diesen Kreisen haben Bad und WC. Wesentlich schlechter sieht es da noch in den kreisfreien Städten aus, denn hier reicht der Anteil der am besten ausgestatteten Wohnungen nur von 27% in Neumünster bis zu 35% in Kiel. Bemerkenswert ist weiter, daß in Flensburg mindestens jede dritte und in Kiel und Neumünster etwa jede vierte Wohnung keine Toilette mit Wasserspülung innerhalb der Wohnung hat. In Lübeck ist dagegen nur etwa jede sechste Wohnung so schlecht ausgestattet.

Mietpreise

Zur Ermittlung der Durchschnittsmiete für Mietwohnungen konnten die Mietangaben für etwa 391 000 Mietwohnungen in Wohngebäuden herangezogen werden. Um diese Durchschnittsmiete nicht durch Mieten zu verfälschen, die aus besonderen Gründen ermäßigt oder überhöht sind, wurden die Mietangaben für Hausmeister-, Dienst-, Werks- und Stiftswohnungen sowie Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen ausgeklammert. Danach müssen in Schleswig-Holstein für Mietwohnungen im Durchschnitt 2,38 DM je Quadratmeter gezahlt werden. Hierin sind Aufwendungen für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung und Müllabfuhr enthalten, nicht enthalten sind Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermietszuschlag und Zuschlag für Möblierung.

Aufschlußreicher als die Durchschnittsmiete für alle Mietwohnungen in Wohngebäuden ist

die Aufgliederung nach dem Baualter der Gebäude unter Berücksichtigung der öffentlichen Förderung und der Ausstattung der Wohnungen. Während für Wohnungen, die vor 1919 gebaut wurden, durchschnittlich nur 1,91 DM je Quadratmeter gezahlt werden, beträgt die Durchschnittsmiete für freifinanzierte Wohnungen, die nach 1948 errichtet wurden, bereits 3,21 DM je Quadratmeter und für solche mit Bad, Toilette mit Wasserspülung und Sammelheizung gar 3,51 DM je Quadratmeter. Bemerkenswert ist weiter, daß bei den öffentlich geförderten Wohnungen die Durchschnittsmiete nicht unerheblich unter der Durchschnittsmiete der freifinanzierten Wohnungen liegt.

Wohnparteien

Ohne Zweitwohnungen und ohne Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte gemietet sind, gab es insgesamt 492 500 Mietwohnungen und 318 500 Eigentümerwohnungen. Zu den Eigentümerwohnungen gehören die von Gebäudeeigentümern oder deren Angehörigen bewohnte Wohnungen und die Eigentumswohnungen. Ihr Anteil beträgt immerhin fast 40%. In den Wohnungen lebten insgesamt gut 843 000 Wohnparteien mit etwa 2 371 000 Personen. Damit entfielen auf jede Person 1,4 Räume und 23,3 Quadratmeter Wohnfläche. In Wohngelegenheiten lebten insgesamt knapp 21 000 Wohnparteien mit rund 50 000 Personen. Etwa jede fünfte Wohnpartei in Wohnungen und Wohngelegenheiten war eine Einpersonwohnpartei. Gut vier Fünftel dieser Einpersonparteien lebten allein in ihrer Wohnung oder Wohngelegenheit, hatten also keine Untermieter. 18% aller Wohnungen und Wohngelegenheiten waren somit nur von einer Person belegt. Andererseits gab es in Schleswig-Holstein rund 33 000 Untermieter,

Wohnparteien nach rechtlicher Stellung und Personenzahl in Schleswig-Holstein

Rechtliche Stellung	Wohnparteien insgesamt	davon			
		Ei ⁿ person- wohnparteien	mit ... Personen		
			2	3 und 4	5 und mehr
Wohnparteien in Wohnungen	843 331	179 561	241 729	310 704	111 337
Wohnparteien in Wohngelegenheiten	20 972	8 922	4 951	4 684	2 415
Wohnparteien insgesamt¹⁾	864 303	188 483	246 680	315 388	113 752
davon					
Mieter	507 898	126 534	151 622	182 121	47 621
Untermieter	33 079	24 335	4 206	3 989	549
Eigentümer insgesamt	323 326	37 614	90 852	129 278	65 582
darunter					
in Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohnungen	287 213	28 875	78 209	117 733	62 396
in selbstbewohnten Eigentumswohnungen	6 822	1 603	2 316	2 558	345

1) In Wohnungen und Wohngelegenheiten

von denen fast drei Viertel Einpersonwohnparteien waren.

Von den Haushaltsvorständen der Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten war jeder dritte ein Pensions-, Renten- oder Sozialhilfeempfänger, jeder vierte ein Beamter oder Angestellter, etwa jeder vierte ein Arbeiter und jeder achte ein Selbständiger. Außerdem gab es als Haushaltsvorstände noch knapp 7 000 Studenten und Schüler, gut 6 000 sonstige Nichterwerbstätige und etwa 2 900 Bezieher von Vermögenseinkünften.

12 854 Wohnungen standen am Zählungstichtag in Schleswig-Holstein leer. Damit war etwa jede 70. Wohnung nicht bewohnt. Von diesen leerstehenden Wohnungen sollten 11 796 weiterhin als Wohnung genutzt werden, wobei für 5 159 Wohnungen der künftige Nutzer bereits bekannt war. Somit bleiben nur 6 637 leerstehende Wohnungen, die noch auf dem Wohnungsmarkt angeboten wurden.

Begriffe und Methoden

Als "Wohngebäude" sind solche Gebäude ausgewiesen, die ausschließlich oder mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen, auch wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung leerstanden.

Als "Sonstige Gebäude" wurden diejenigen Gebäude gezählt, welche zu weniger als der Hälfte Wohnzwecken dienen, aber mindestens eine Wohnung oder Wohngelegenheit enthalten.

Als "Wochenend- und Ferienhäuser" wurden nur die nicht ständig bewohnten Wochenend- und Ferienhäuser ausgewiesen.

Wohnungen sind Wohneinheiten, die aus einem Raum oder mehreren, in der Regel zusammenliegenden Räumen mit eigener Küche oder Kochnische bestehen und nicht im Kellergeschoß oder in einer Unterkunft liegen. Es wurden sämtliche vorhandenen Wohnungen erfaßt.

Die bei der Wohnungszählung ermittelte Anzahl der Personen in den Wohnparteien ist nicht identisch mit der Wohnbevölkerung. Zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde zählen die Personen, die in dieser Gemeinde arbeiten, zur Schule gehen oder sich überwiegend dort aufhalten. Bei der Wohnungszählung wurden dagegen in jeder Gemeinde auch solche Personen mitgezählt, die mehr als einen Wohnsitz haben, wodurch Doppelzählungen entstehen. Andererseits wurden Personen in Anstaltsgebäuden und Wohnheimen nur dann erfaßt, wenn sie in einer "Wohnung" lebten.

Dipl.-Volksw. Peter Möller

Vergleiche auch: "Gebäude, Wohnungen, Wohnparteien - Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung am 25. Oktober 1968" in Wirtschaft und Statistik 1970, S. 229 (Mai)

Industrie in der Hochkonjunktur

20 000 Beschäftigte mehr

Im März 1970 wurden erstmalig in den Industriebetrieben¹⁾ des Landes über 190 000 Beschäftigte gezählt. Im Zuge der wirtschaftlichen Expansion des Jahres 1968 und der Fortsetzung in der

1) mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

Hochkonjunktur des Jahres 1969 hat somit die Beschäftigtenzahl seit Anfang 1968 um rund 20 000 zugenommen. Der Beschäftigtenzuwachs verteilt sich mit knapp 10 000 Personen von Anfang bis Ende 1968 und gut 10 000 Personen im Jahre 1969 nahezu gleichmäßig auf das Expansionsjahr 1968 und das Hochkonjunktur-

jahr 1969. Auch der anhaltende und strenge Winter 1969/70 hat den konjunkturellen Aufschwung nicht beeinträchtigt. Die saisonale Abschwächung - soweit sie in der Veränderung des Beschäftigtenbestandes zum Ausdruck kommt - fiel sehr mild aus; vom letztjährigen Beschäftigtenmaximum im November bis zum Januar 1970 ging die Beschäftigtenzahl lediglich um ein Prozent oder rund 2 000 zurück. In den beiden vorhergehenden Jahren hatte der winterliche Rückgang 1,2% von Oktober 1968 auf Dezember 1968 und 2% von Oktober 1967 auf Dezember 1967 betragen.

Auch in der Hochkonjunktur verliefen die Veränderungen der Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Industriezweigen unterschiedlich. Für die nachstehenden Ausführungen wurde einheitlich der Zeitraum von Januar 1968 bis zum März 1970 - dem letzten verfügbaren Stand - zugrunde gelegt. Die Darstellung muß sich auch auf die wichtigsten Industriezweige beschränken.

Im Maschinenbau wurde die bisher größte Beschäftigtenzahl Ende 1969 mit fast 27 000 Personen ermittelt, das bedeutet einen Zuwachs von rund 3 500 Beschäftigten seit Anfang 1968. In der expansiven Phase von Januar bis Dezember 1968 kamen rund 1 000 Arbeitskräfte hinzu, in der Hochkonjunktur des Jahres 1969 waren es weitere 2 500. Das jahresdurchschnittliche Beschäftigungsniveau 1969 lag damit um fast 10% über dem vorjährigen. Diese Entwicklung hat sich im 1. Vierteljahr 1970 nicht fortgesetzt, es trat ein leichter Rückgang (von Dezember 1969 auf März 1970) um etwa 1 000 Beschäftigte ein.

Die elektrotechnische Industrie gehört eindeutig zu den beschäftigungsexpansiven Branchen. Sie konnte ihren Beschäftigtenbestand von Anfang 1968 bis Ende 1969 um rund 4 600 Personen auf etwa 18 000 ausbauen. Hier lag das jahresdurchschnittliche Beschäftigungsniveau 1969 um nahezu 18% über dem des Vorjahres. Die Wachstumsintensität der elektrotechnischen Industrie zeigt sich auch darin, daß bereits von 1967 auf 1968 der jahresdurchschnittliche Beschäftigtenstand um beinahe 15% angestiegen war. In diesem Zeitraum nahm die entsprechende Beschäftigtenzahl in der gesamten Industrie nur um 2,4% zu. Der gesamte Zuwachs in der Berichtsperiode entfiel mit rund 2 200 neuen Beschäftigten auf das Jahr 1968 und mehr als 2 400 Beschäftigten auf 1969. Bemerkenswert ist, daß sowohl 1968 als auch 1969 der monatliche Beschäftigtenstand jeweils über dem vorhergehenden lag. Der Aufwärtstrend hat also über zwei Jahre ohne Unterbrechung angehalten. Er setzte sich auch noch bis Ende Februar 1970 fort. Im März ist dann keine Zunahme mehr eingetreten.

Für die chemische Industrie ergibt sich ebenfalls eine kräftige Beschäftigtenzunahme, und zwar um rund 1 200 auf 8 200 von Januar 1968 bis Dezember 1969. In den ersten drei Monaten dieses Jahres blieb der hohe Beschäftigtenstand erhalten, er war sogar noch etwas höher als Ende Dezember 1969. Das jahresdurchschnittliche Beschäftigungsniveau 1969 lag wie im Maschinenbau um etwa 10% über dem vorjährigen. Die konjunkturellen Impulse wurden hier aber erst in der zweiten Phase voll beschäftigungswirksam: im Jahre 1969 stieg die Beschäftigtenzahl um rund 1 000 Personen, während es 1968 nur ungefähr 200 waren.

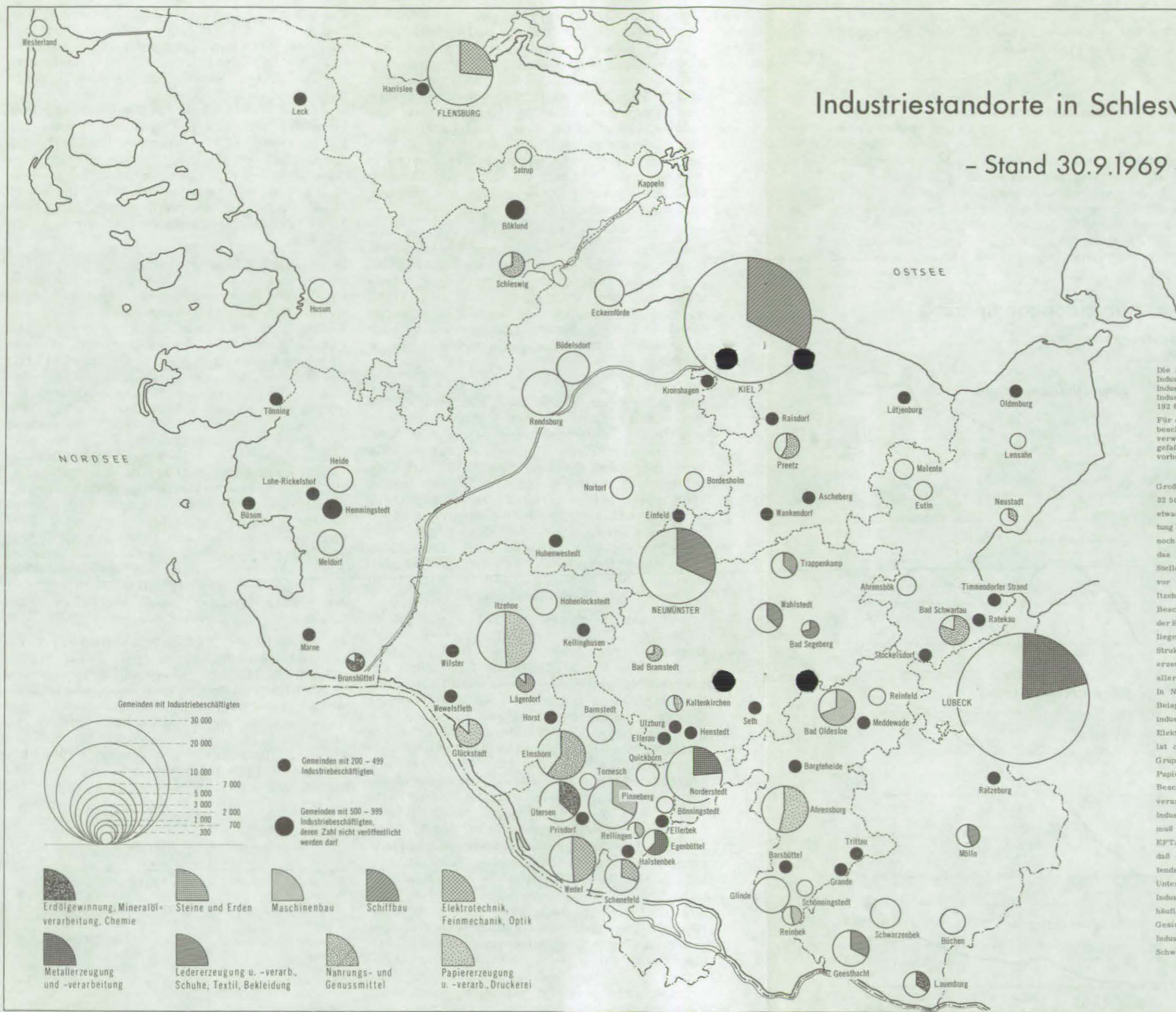
Der junge Industriezweig Kunststoffverarbeitung ist in der Beschäftigtenentwicklung ausgesprochen expansiv. Sein Beschäftigtenbestand vergrößerte sich von Anfang 1968 bis Ende 1969 um rund 1 100 Personen auf etwa 3 800. Das entspricht einer Zunahme innerhalb von zwei Jahren um 42% (!). Dabei war der absolute Zuwachs in der ersten Phase des derzeitigen Aufschwunges geringfügig größer als in der zweiten. Der jahresdurchschnittliche Beschäftigtenbestand lag daher 1968 um gut 35% höher als 1967 und stieg erneut, von dem erhöhten Niveau 1968 ausgehend, bis 1969 um mehr als 18%. Die Zunahme der Beschäftigtenzahl verlief, ähnlich wie in der Elektrotechnik, recht stetig. Nur vom Dezember 1968 zum Januar 1969 und von November auf Dezember 1969 trat ein Rückgang ein, der allerdings so schwach war, daß er noch innerhalb unvermeidbarer statistischer Ungenauigkeiten liegt. In den ersten drei Monaten dieses Jahres stieg die Beschäftigtenzahl weiter an.

Im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, zu der recht unterschiedliche Industriezweige wie unter anderem Fleischverarbeitung, Brotherstellung, Süßwarenherstellung, Futtermittelindustrie und Tabakverarbeitung zählen, blieb die Hochkonjunktur auch nicht ohne Einfluß auf die Beschäftigtenzahlen. Von Januar 1968 bis Dezember 1969 stieg die Zahl der Beschäftigten um rund 2 200 auf über 26 000 an.

Ausgewählte Industriezweige	Beschäftigtenstand		Zunahme	
	Januar 1968	März 1970	absolut	%
Maschinenbau	23 447	26 012	2 565	10,9
Schiffbau	21 787	22 993	1 206	5,5
Nahrungs- und Genußmittel	24 247	25 981	1 734	7,2
Elektrotechnik	13 406	18 741	5 335	39,8
Feinmechanik und Optik	6 086	7 094	1 008	16,6
Chemie	7 082	8 361	1 279	18,1
Kunststoffe	2 648	3 816	1 168	44,1
Steine und Erden	6 192	6 662	470	7,6
Gesamte Industrie	169 519	190 234	20 715	12,2

Industriestandorte in Schleswig-Holstein

- Stand 30.9.1969 -

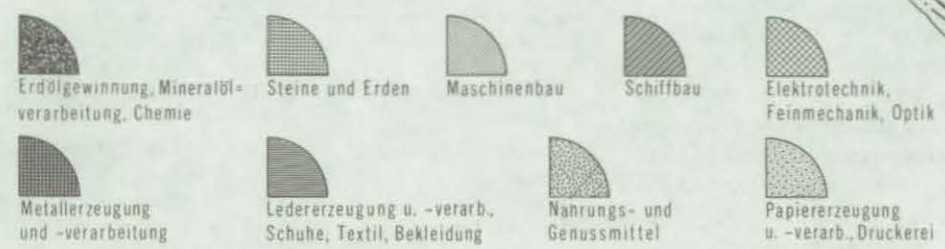
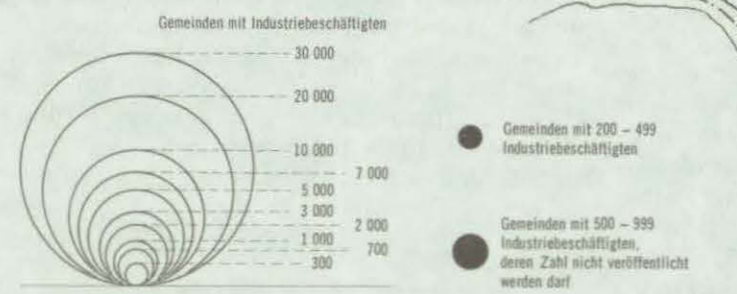


Die Darstellung zeigt die räumliche Verteilung der schleswig-holsteinischen Industrie nach dem Stand vom 30.9.1969. Gemeinden mit weniger als 200 Industriebeschäftigten sind in der Karte nicht enthalten. Der Anteil der Industriebeschäftigten in diesen Gemeinden beträgt etwa 5% der insgesamt 192 600 Beschäftigten.

Für die größeren Standorte, das sind in der Regel Gemeinden ab 500 Industriebeschäftigte, ist die dominierende Branche hervorgehoben. Dabei wurden verwandte Industriezweige zwecks übersichtlicherer Darstellung zusammengefaßt. In einigen Standorten dürfte aus Geheimhaltungsgründen die vorherrschende Branche nicht besonders ausgewiesen werden.

Große Industriestandorte sind nach wie vor die kreisfreien Städte Lübeck mit 32 500 und Kiel mit 31 700 Beschäftigten. In Lübeck, wo die Industriestruktur etwas ausgeglichener als in Kiel ist, steht die Metallherzeugung und -verarbeitung an erster Stelle (Anteil 21%) noch vor dem Schiffbau (18%). Kiel ist immer noch der erste Schiffbauplatz des Landes, hier arbeiten über 16 000 Personen, das sind ein Drittel, auf Werften. Mit deutlichem Abstand folgt an zweiter Stelle die zusammengefaßte Gruppe "Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik" vor dem Maschinenbau. Die mittleren Standorte Neumünster, Flensburg, Itzehoe und neuerdings Norderstedt haben zusammen genommen etwa soviel Beschäftigte wie Lübeck, wobei zu bemerken ist, daß drei Standorte (mit 75% der Beschäftigten) im industriedichteren Raum südlich des Nord-Ostsee-Kanals liegen. Unter diesen Standorten weist Itzehoe eine verhältnismäßig einseitige Struktur auf: rund die Hälfte der Industriebeschäftigten sind in der Papierherzeugung und -verarbeitung sowie Druckereien tätig. Diese Einseitigkeit wird allerdings dadurch gemildert, daß es sich um wachsende Branchen handelt. In Neumünster ist die Industriestruktur zwar nicht so einseitig wie zum Beispiel in Itzehoe, aber noch immer dominieren Textil- und Bekleidungsindustrie, die knapp ein Drittel der Industriebeschäftigten haben, gefolgt von Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik mit gut einem Fünftel. Recht vielseitig ist demgegenüber die Industriestruktur in Norderstedt: die vorherrschende Gruppe Metallherzeugung und -verarbeitung bringt es auf knapp ein Viertel, Papierherzeugung, -verarbeitung und Druckereien auf etwa ein Sechstel der Beschäftigten und in der gleichen Größenordnung liegt die Kunststoffverarbeitung, die sonst in keinem der größeren Industriestandorte (ab 1 000 Industriebeschäftigte) diese Bedeutung hat. Die industrielle Struktur Flensburgs muß unter Berücksichtigung der Lage an der Nahtstelle zwischen EWG und EFTA gesehen werden. Mit dieser Brückenstellung dürfte es zusammenhängen, daß die Elektrotechnik (einschließlich Feinmechanik und Optik) der bedeutendste Industriezweig vor dem Schiffbau ist.

Unter den größeren Standorten, das sind Gemeinden mit 1 000 und mehr Industriebeschäftigten, gibt es eine ganze Reihe, in denen eine Branche, häufig ist das auch gleichzeitig ein einziger Industriebetrieb, das industrielle Gesicht bestimmt. Als Beispiele für Extremfälle dieser Art (mit über 80% der Industriebeschäftigten eines Standortes in einer Branche) sind die Standorte Schwarzenbek, Büdelsdorf (bei Rendsburg), Glückstadt und Glinde zu nennen.



Die absolute Zunahme war zwar nicht so groß wie im Maschinenbau, sie ist dennoch beachtlich, wenn man berücksichtigt, daß ein erheblicher Teil der Nachfrage nach Nahrungsmitteln als verhältnismäßig unelastisch anzusehen ist. Vom zeitlichen Verlauf her gesehen war die Zunahme der Beschäftigtenzahl im Jahre 1968 mit rund 1 800 von Januar bis Dezember am kräftigsten ausgeprägt, von Anfang bis Ende 1969, also in der Zeit der Hochkonjunktur, vermehrte sich der Beschäftigtenbestand nur noch um gut 400 Personen. In den ersten drei Monaten 1970 war eine leicht rückläufige Tendenz erkennbar. Das hängt wohl damit zusammen, daß in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien auch bei boomartigem Aufschwung saisonale Einflüsse

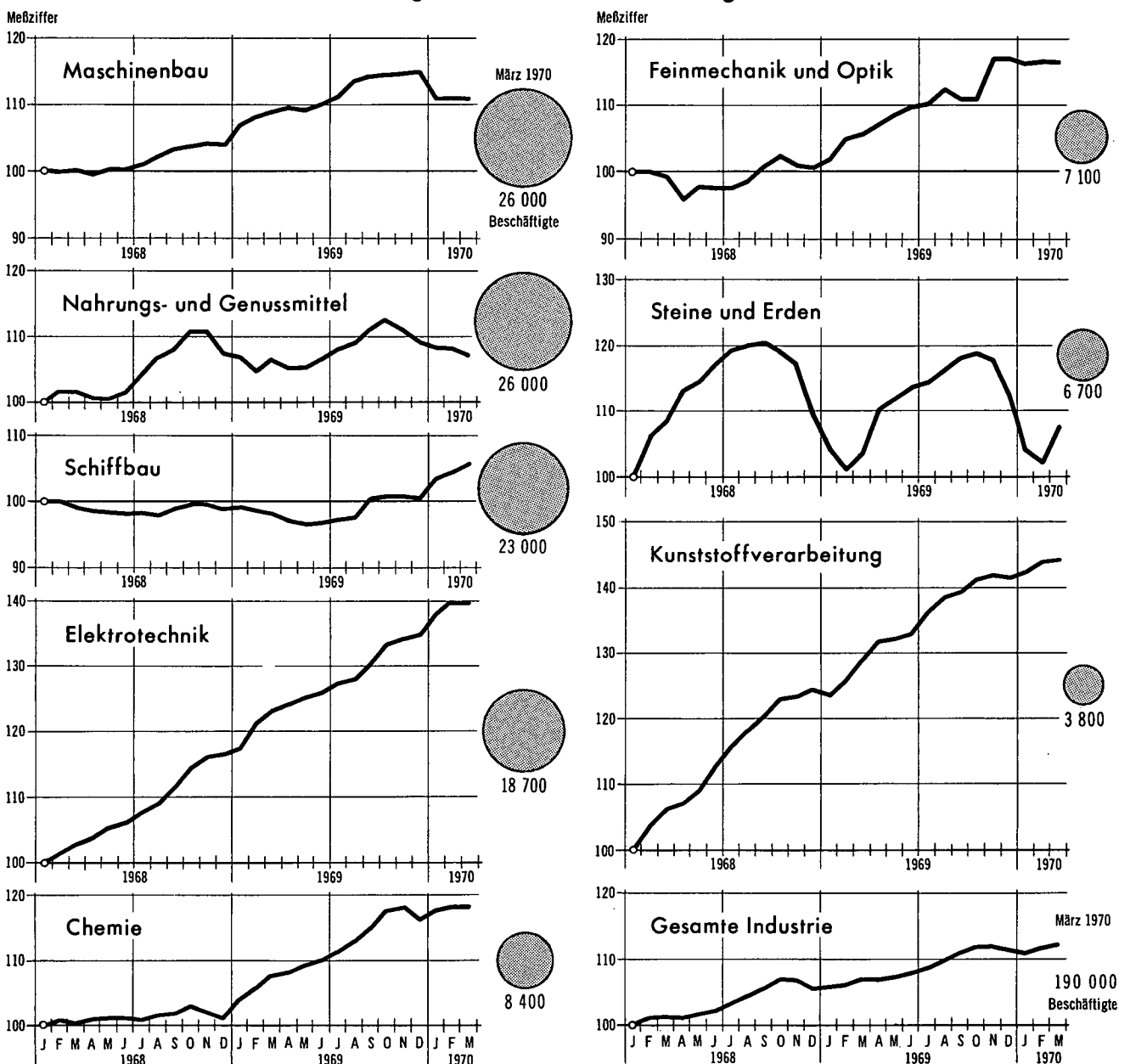
(Gemüseernte, Zuckercampagne) auf den Beschäftigtenstand stärker einwirken als in anderen Industriezweigen.

Nicht so eindeutig mit ansteigender Tendenz über die ganze Berichtsperiode war die Beschäftigtenentwicklung in der feinmechanischen und optischen Industrie. Betrachtet man das Jahr 1968 im ganzen, dann muß man eine stagnierende Beschäftigtenzahl konstatieren: Von Januar bis Oktober 1968 (Jahresmaximum) kamen lediglich etwas mehr als 100 Beschäftigte hinzu, am Jahresende waren kaum mehr Beschäftigte vorhanden als am Jahresanfang. Das jahresdurchschnittliche Beschäftigungsniveau 1968 blieb dann auch um 2,8% unter dem des Vorjahres. Der

Beschäftigtenentwicklung in der Hochkonjunktur

- ausgewählte Industriezweige -

D - 4143



Zuwachs setzte im Jahre 1969 ein; er belief sich innerhalb Jahresfrist auf rund 1 000 Beschäftigte (+ 16%) und führte zu einem Beschäftigtenbestand von 7 100 Ende Dezember 1969. Dieser Stand wurde auch in den folgenden drei Monaten gehalten. Daraus ergibt sich, daß das jahresdurchschnittliche Beschäftigungsniveau 1969 um reichlich 10% über dem von 1968 lag.

In der Textilindustrie stiegen die Beschäftigtenzahlen in der ersten Konjunkturphase (1968) merklich stärker an als in der zweiten, und zwar um etwa 600 auf 6 600 Ende 1968. Bis einschließlich April 1969 hielt der Zugang an und führte zu einem Bestand von 7 000 Beschäftigten. Danach verringerte er sich wieder so weit, daß am Jahresende 1969 nicht mehr Beschäftigte als am Jahresanfang vorhanden waren. Im ersten Vierteljahr 1970 setzte sich die rückläufige Tendenz verstärkt fort. Ende März 1970 hatte die Textilindustrie mit etwas mehr als 6 200 Beschäftigten nur noch genau soviel wie Ende März 1968.

Im Schiffbau bewegte sich die Beschäftigtenzahl während des ganzen Jahres 1968 um 21 500 Personen. Das jahresdurchschnittliche Beschäftigungsniveau lag um 2,7% niedriger als im Vorjahr. In den ersten acht Monaten 1969 blieb das Niveau aber noch etwas darunter, erst ab September ist ein deutlicher Anstieg erkennbar, der sich bis zum März 1970 fortgesetzt hat. Zu diesem Zeitpunkt sind es 23 000 Beschäftigte, gut 1 000 mehr als Ende Januar 1968. Trotz der in den letzten Monaten eingetretenen Ausweitung des Beschäftigtenbestandes wurde 1969 im Jahresmittel das Niveau des vorhergehenden Jahres 1968 nicht erreicht (- 0,4%).

Der Industriezweig "Steine und Erden", zu dem auch die Zementwerke gehören, ist im Konjunkturaufschwung saisonalen Einwirkungen ausgesetzt. Die jahreszeitlichen Schwankungen des Beschäftigtenstandes waren sowohl 1968 als auch 1969 absolut gesehen größer als der konjunkturbedingte Zuwachs. Zwischen dem niedrigsten Beschäftigtenstand im Januar 1968 mit rund 6 200 Personen und dem höchsten mit knapp 7 500 (Ende September 1968) beträgt die "Beschäftigtendifferenz" rund 1 300, während vom Jahresanfang bis Jahresende nur rund 500 Beschäftigte hinzukamen. Das war auch im Jahre 1969 nicht viel anders. Vom niedrigsten Stand (Ende Februar) zum höchsten des Jahres (Ende Oktober) beträgt der Beschäftigtenzuwachs rund 1 100, während die Zunahme von Anfang bis Ende 1969 ebenfalls erheblich kleiner ausfiel (gut 200). Bei etwas längerfristiger Betrachtung, für die Jahresdurchschnitte aussagefähiger sind, zeigt sich, daß trotz

Hochkonjunktur die Beschäftigtenzahl in der Tendenz rückläufig ist; in beiden Jahren wird das jeweilige Vorjahresniveau unterschritten, und zwar 1968 gegenüber 1967 um 1,6% und 1969 gegenüber 1968 um 1,8%.

Zum Vergleich ist zu bemerken, daß der jahresdurchschnittliche Beschäftigtenstand der gesamten Industrie des Landes von 1967 auf 1968 um 2,4% und von 1968 auf 1969 um 5,3% wuchs.

Regionale Aspekte des Aufschwungs

Expansion 1968 und Hochkonjunktur 1969 haben den Beschäftigtenstand in den einzelnen Kreisen des Landes sehr unterschiedlich verändert. Geht man vom jahresdurchschnittlichen Stand aus, dann zeigt sich, daß der Beginn des konjunkturellen Aufschwungs im Jahre 1968 in einigen Kreisen zu Zuwachsraten führte, die deutlich über dem Landesdurchschnitt lagen, in anderen jedoch nicht. Erst im Jahre 1969 hat der boomartige Aufschwung alle Kreise erfaßt, wenn auch mit unterschiedlichen Zuwachsraten. Während der ersten Konjunkturphase war in Kiel und Lübeck der jahresdurchschnittliche Beschäftigtenbestand 1968 um rund 2,5% niedriger als 1967, von 1968 auf 1969 stieg in Kiel der Beschäftigtenstand um 1,4%, in Lübeck um 2%. Beide Städte erreichten aber nicht die Landesrate von + 5,3%. Die Beschäftigtenzunahme in den Städten Flensburg und Neumünster übertraf in beiden Perioden den Landesdurchschnitt. Besonders kräftig war der Zuwachs in der Stadt Flensburg mit fast 16% von 1968 auf 1969. Den größten relativen Zuwachs im Jahre 1968 verzeichnete der Kreis Flensburg-Land mit gut 20%, der größte Rückgang des Beschäftigtenbestandes (- 3,8%) trat im Kreis Oldenburg in Holstein ein. Von 1968 auf 1969 war der Kreis Norderdithmarschen mit einem Zugang von 22,5% Spitzenreiter. Hinter den großen prozentualen Veränderungsraten stehen jedoch in den drei eben genannten Kreisen recht bescheidene absolute Beschäftigtenzahlen; so nahm der jahresdurchschnittliche Beschäftigtenbestand im Kreis Flensburg-Land von 1967 auf 1968 lediglich um rund 150 Personen von 755 auf 909 zu. Im Kreis Norderdithmarschen fanden 1969 etwa 320 Personen mehr als 1968 Beschäftigung in der Industrie. Der Rückgang im Kreis Oldenburg in Holstein machte ungefähr 50 Beschäftigte aus. Unter den übrigen Kreisen treten in der ersten Periode die Kreise Südtondern (+ 10,3% gegenüber 1967), Pinneberg (+ 9,2%) und Stormarn (+ 8,8%) mit weit über dem Landesmittel liegenden Beschäftigtenzunahmen hervor, in der zweiten Periode - also von 1968 auf 1969 -

ist das Beschäftigtenwachstum im Kreis Husum (+ 10,6%), im Kreis Oldenburg in Holstein (+ 8,8%) und Eutin (+ 8,7%) überdurchschnittlich groß.

Faßt man beide Konjunkturphasen zusammen und nimmt den jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenstand des vor dem derzeitigen Aufschwung liegenden Jahres 1967 als Ausgangspunkt für den Vergleich mit dem Hochkonjunkturjahr 1969, dann ergibt sich eine Steigerung des durchschnittlichen Beschäftigungsniveaus um rund 13 400 Beschäftigte oder 8%. Die Masse der neuen industriellen Arbeitsplätze entstand in folgenden Kreisen:

	Im Jahresdurchschnitt 1969 mehr als 1967
Pinneberg	4 250
Stormarn	2 339
Stadt Flensburg	1 589
Stadt Neumünster	1 397
Zusammen	9 575

Nach dieser Betrachtungsweise sind die kreisfreien Städte Kiel und Lübeck sowie die Kreise Schleswig und Süderdithmarschen mit ihrem industriellen Beschäftigtenbestand im Jahresdurchschnitt 1969 nicht über den 1967 erreichten Stand hinausgewachsen.

Zu einem anderen Ergebnis kommt man, wenn die Beschäftigtenentwicklung im zeitlichen Verlauf in den Vordergrund gestellt wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigtenstand		Zunahme	
	Januar 1968	März 1970	absolut	%
FLensburg	6 496	8 637	2 141	33,0
KIEL	30 331	31 862	1 531	5,0
LÜBECK	31 160	32 938	1 778	5,7
NEUMÜNSTER	9 740	10 734	994	10,2
Eckernförde	1 739	1 897	158	9,1
Eiderstedt	415	438	23	5,5
Eutin	3 695	4 293	598	16,2
Flensburg-Land	836	956	120	14,4
Hzgt. Lauenburg	8 140	8 934	794	9,8
Husum	1 201	1 483	282	23,5
Norderdithmarschen	1 484	2 018	534	36,0
Oldenburg in Holstein	1 444	1 505	61	4,2
Pinneberg*	24 017	25 246	.	.
Plön	2 492	3 197	705	28,3
Rendsburg	8 737	9 680	943	10,8
Schleswig	3 322	3 400	78	2,3
Segeberg*	5 502	12 807	.	.
Steinburg	9 981	11 223	1 242	12,4
Stormarn*	13 626	13 699	.	.
Süderdithmarschen	4 187	4 251	64	1,5
Südtondern	974	1 036	62	6,4
Schleswig-Holstein	169 519	190 234	20 715	12,2

* Änderung des Gebietsstandes am 1. 1. 1970 (Norderstedt)

Von Januar 1968 ausgehend hat sich bis Ende März 1970 in allen kreisfreien Städten und Kreisen des Landes die Beschäftigtenzahl zum Teil beträchtlich erhöht, in der Stadt Flensburg und in Norderdithmarschen um ein Drittel und mehr. Am geringsten war der Zuwachs in Süderdithmarschen (+ 1,5%) und in Schleswig (+ 2,3%). Die Veränderungen in den Kreisen Pinneberg, Segeberg und Stormarn sind unecht, da sie durch die Gründung der Stadt Norderstedt (ab 1. 1. 1970) beeinflusst sind. Schaltet man die Gebietsveränderungen durch Zusammenfassung der beteiligten drei Kreise aus, dann ergibt sich für diesen Raum ein Zuwachs von 8 600 Beschäftigten (+ 20%) von Januar 1968 bis März 1970. Mit der Zunahme an Industriebeschäftigten um ein Fünftel entfiel auf diesen Raum angesichts seines überragenden Beschäftigtengewichtes (annähernd ein Viertel der Landessumme) ein wesentlicher Anteil der Beschäftigungsexpansion des Landes, nämlich über 40%.

Vergegenwärtigt man sich, daß, je nach Betrachtungsweise, im Wirtschaftsaufschwung der Jahre 1968 und 1969 die Zahl der in der schleswig-holsteinischen Industrie tätigen Personen um 20 000 (bei Zeitpunkvergleich Januar 1968 : März 1970) und um 13 400 (bei Niveauvergleich 1967 : 1969) zugenommen hat, dann muß gefragt werden, aus welchen Quellen der Zuwachs gespeist worden ist. Eine Quelle dürften die noch aus der vorhergehenden Rezession übriggebliebenen "Arbeitslosen" darstellen, eine andere ist in jenem Personenkreis latenter Arbeitskräfte zu suchen, der in Zeiten steigender Nachfrage nach Arbeitskräften durch attraktive Arbeitsplatzangebote wieder aktiviert wird (zum Beispiel Halbtagsbeschäftigung von Ehefrauen). Drittens ist auf die intersektorale Mobilität von Arbeitskräften hinzuweisen. In Zeiten hochgehender Konjunktur wird mit zunehmender Verknappung auf dem Arbeitsmarkt der Entschluß, seine alte Arbeitsstelle aufzugeben und eine neue, besser bezahlte, anzunehmen, erleichtert. Über die Anteile aus den genannten Quellen gibt es leider derzeit keine ausreichenden Daten. Das ist jedoch bei einer weiteren Quelle der Fall. Die Zahl der nichtdeutschen Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe wird von der Arbeitsverwaltung in regelmäßigen Abständen ermittelt. Sie stieg von 7 300 im Januar 1968 um 6 200 auf 13 500 im Januar 1970. Ungefähr die Hälfte der "neuen" Industriebeschäftigten sind somit Ausländer. Das heimische Arbeitskräftepotential vergrößert sich naturgemäß mit wachsender Bevölkerung. Die Zahl der Einwohner des Landes wuchs vom 1. 1. 1968 bis 1. 1. 1970 um 57 500 Personen (+ 2,3%), davon waren rund 18 000 im erwerbsfähigen

Alter, das heißt 15 bis 64 Jahre alt. Aus diesem Bevölkerungszuwachs, der aus Wandergewinnen und Geburtenüberschuß resultiert, ist sicher auch ein Teil der neuen Industriebeschäftigten gekommen. Wie groß dieser Teil war, ist nur schätzungsweise zu ermitteln; der Anteil der Industriebeschäftigten an der Zahl der Personen im erwerbs-

fähigen Alter machte am 1.1.1968 rund 11% aus. Überträgt man diesen Anteil auf den Zuwachs von 18 000 Personen im erwerbsfähigen Alter, dann könnten etwa 2 000 der neuen Industriebeschäftigten daraus gedeckt worden sein.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Anbau und Ernten 1969

Wetter und Wachstum

Ein sehr nasser Herbst und Winterbeginn 1968 sowie Schnee und Frost bis in den April 1969 hinein ließen große Befürchtungen im Hinblick auf den Stand der Wintersaaten und die Frühjahrsbestellung aufkommen. Am Ende des Winters zeigten sich die Auswinterungsschäden jedoch nicht so stark wie ursprünglich befürchtet. Bei Winterraps mußten allerdings große Flächen umgebrochen werden. Viele Felder, die nicht umgebrochen wurden, blieben sehr lückenhaft, wie sich bei der Ernte zeigte.

Die Frühjahrsbestellung konnte erst sehr verspätet beginnen. Noch im Juni war die Vegetation hinter dem durchschnittlichen Stand zur gleichen Jahreszeit zurück. Etwa ab Mitte Juni bis Mitte August folgte hochsommerliches Wetter mit teilweise sehr hohen Temperaturen und stellenweise Trockenheit, so daß der Graswuchs gehemmt wurde und einige Gemüsearten litten. Insbesondere die Bohnenernte wurde durch plötzliche Hitzeinbrüche beeinträchtigt. Am Ende der Trockenperiode kam es bei Kartoffeln mitunter zur vorzeitigen Abreife. Auch das Getreide reifte außerordentlich schnell, so daß sich die Erntearbeiten stark zusammendrängten. In der zweiten Augushälfte gab es veränderliches Wetter, so daß sich die Sommerweizenernte teilweise verzögerte. Schäden sind allerdings nur vereinzelt aufgetreten. Während die Kartoffelernte weitgehend bei günstigem Wetter beendet werden konnte, wurde die Rübenernte Ende Oktober und Anfang November hie und da durch sehr starke Niederschläge erschwert.

Getreide

Nach den endgültigen Ergebnissen der Erntemessungen und -schätzungen wurden in Schleswig-Holstein 1969 1,51 Mill. t Getreide geerntet. Das sind - trotz Ausdehnung des Getreideanbaus um 1% - infolge der niedrigeren

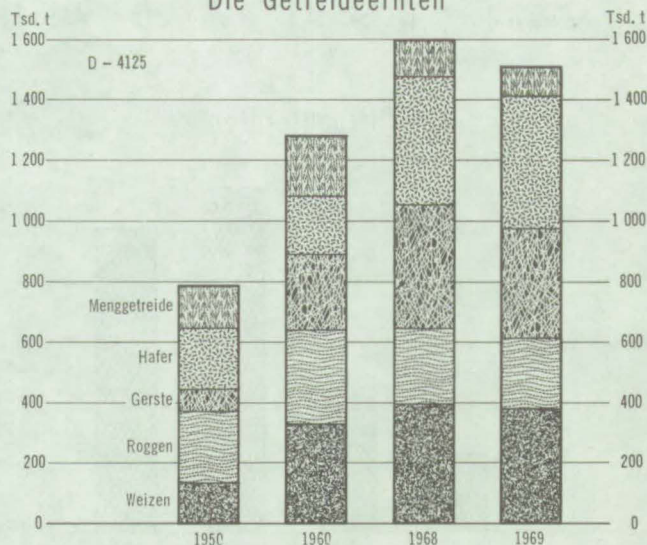
Die Getreideernte 1969

Getreideart	Anbau ha	Ertrag dz/ha	Ernte	
			t	Veränderung in % gegenüber D 1968 1963-1968
Winterweizen	76 562	41,3	316 201	- 10 + 11
Sommerweizen	18 330	36,3	66 498	+ 37 + 36
Roggen	73 577	30,9	227 028	- 9 + 1
Wintergerste	56 276	39,1	219 814	- 19 + 17
Sommergerste	42 189	33,9	142 852	+ 7 - 10
Hafer	115 863	37,8	437 499	+ 2 + 33
Sommernenggetreide	31 200	32,3	100 745	- 20 - 33
Getreide insgesamt	413 997	36,5	1 510 637	- 6 + 9

Hektarerträge 6% weniger als im Vorjahr. Der mehrjährige Durchschnitt wurde allerdings noch um 9% übertroffen.

Während die Brotgetreidearten sämtlich niedrigere Hektarerträge brachten als im Vorjahr, den Durchschnitt der vorhergehenden sechs

Die Getreideernten



Jahre jedoch gut erreichten oder, wie beim Roggen, sogar noch erheblich übertrafen, war die Entwicklung bei den Futtergetreidearten uneinheitlicher. Die Erträge der Wintergerste blieben um 12%, die des Hafers um 6% und die des Sommergetreides um 3% hinter den vorjährigen Erträgen zurück; die Sommergerste konnte dagegen wesentlich günstigere Hektarerträge erreichen als im Vorjahr (+ 8%) und als im mehrjährigen Durchschnitt (+ 10%). Unterdurchschnittlich fielen allein die Wintergerstenerträge aus.

Die Qualität des Getreides war - trotz teilweise extremer Witterungsverhältnisse und kurzer Vegetationsdauer - allgemein sehr gut. Besonders auch die Weizenernte lag in der Backqualität infolge bevorzugten Anbaus von Qualitätsweizensorten und sorgfältig geplanter Pflege- und Düngungsmaßnahmen weit über dem Stand der übrigen Bundesländer.

Ölfrüchte

Wie bereits erwähnt, mußte ein beträchtlicher Teil der Winterrapsflächen, die 1968 bestellt worden waren, wegen Auswinterungsschäden wieder umgebrochen werden. Die verbleibende Winterrapsfläche lag immer noch um 17% über der Erntefläche im Jahr zuvor. Die

Fläche von Sommerraps und Rüben war um die Hälfte größer als 1968.

Die Raps-erträge blieben allerdings unbefriedigend. Winterraps erzielte im Landesdurchschnitt 1969 nur einen Ertrag von 22 dz/ha, das sind 26% weniger als im Jahre 1968 und 15% weniger als im mehrjährigen Durchschnitt. Trotz der Anbauausdehnung blieb daher die Gesamternte an Raps und Rüben um 12% unter der Vorjahresernte.

Kartoffeln

Bereits im Jahre 1968 reichte die Kartoffelernte in Schleswig-Holstein nicht mehr aus, um den Bedarf im Lande zu decken. Es mußten etwa 60 000 bis 70 000 t Speisekartoffeln aus anderen Bundesländern bezogen werden¹. Trotzdem konnte die einheimische Produktion 1968 überwiegend nur unzureichende Preise erzielen, wie auch bereits in den Jahren vorher. Diese im Verhältnis zu den Produktionskosten unzureichenden Erzeugererlöse, teilweise schleppender Absatz und arbeitswirtschaftliche Gründe in den Betrieben dürften zu der weiteren Einschränkung des Kartoffelanbaus 1969 geführt haben. Hinzu kamen Bestellungsschwierigkeiten bei Frühkartoffeln wegen des lang anhaltenden Winters.

Die Ölfrüchternte 1969

Art	Auswinterrung %	Endgültiger Anbau ha	Ertrag dz/ha	Ernte		
				t	Veränderung in % gegenüber	
					1968	D 1963-1968
Winterraps	17,7	42 406	21,6	91 793	- 13	+ 45
Sommerraps, Winter- und Sommerrüben	.	3 314	17,4	5 766	+ 20	- 10
Raps und Rüben	.	45 720	21,3	97 559	- 12	+ 40

Die Kartoffelernte 1969

Art	Anbau ha	Ertrag dz/ha	Ernte		
			t	Veränderung in % gegenüber	
				1968	D 1963-1968
Frühkartoffeln	450	182,7	8 221	- 58	- 79
Mittelfrühe und Spätkartoffeln	11 263	223,7	251 942	- 33	- 49
Kartoffeln insgesamt	11 713	222,1	260 163	- 34	- 51

Die Ölfrüchternten



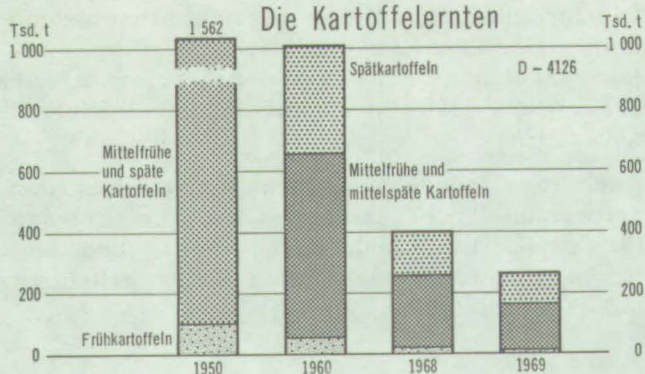
So blieb die Frühkartoffelanbaufläche um mehr als die Hälfte und die Anbaufläche der mittelfrühen und späten Sorten um 13% unter den Flächen des Jahres 1968.

Die extremen Witterungsverhältnisse brachten dazu wesentlich niedrigere Hektarerträge als im Vorjahr, bei Frühkartoffeln - 12% und bei mittelfrühen und Spätkartoffeln - 23%.

Insgesamt wurden 1969 nur noch 260 000 t Kartoffeln in Schleswig-Holstein geerntet, 34% weniger als im Jahre 1968, ein Viertel der Ernte von 1960, ein Sechstel der Ernte von 1950.

¹) nach Angaben des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Kartoffelernten



Die Zuckerrübenenernten



Zuckerrüben

Der Zuckerrübenanbau ist in den letzten Jahren als Folge der strengen Kontingentierung von Seiten der Zuckerfabriken, die gleichfalls an Kontingente gebunden sind, bei rund 14 000 ha geblieben. Die Erträge der Zuckerrüben sind zwar nicht so stark abgefallen, wie noch im Frühjahr vermutet wurde und wie die Vorschätzungen der Berichtersteller Ende September und Ende Oktober auswiesen, blieben jedoch nach den endgültigen Schätzungen der Berichtersteller mit 354 dz/ha um 9% unter den Vorjahreserträgen und erreichten den mehrjährigen Durchschnitt von 362 dz/ha nicht ganz.

Die Zuckergehalte waren jedoch infolge reichlichen Sonnenscheins im Spätsommer und Frühjahr überdurchschnittlich. Mit 16,08% übertraf der durchschnittliche Zuckergehalt in Schleswig-Holstein erstmalig seit 1950 den Zuckergehalt der Zuckerrüben im Durchschnitt des Bundesgebietes, der bei 15,5% liegt².

Die Rübenenernte 1969

Rübenart	Anbau ha	Ertrag dz/ha	Ernte		
			t	Veränderung in % gegenüber 1968	Veränderung in % gegenüber D 1963-1968
Zuckerrüben	13 759	353,7	486 698	- 9	- 9
Runkelrüben	23 350	760,1	1 774 834	- 14	- 18
Kohlrüben	15 231	522,4	795 667	- 42	- 46

²) nach Angaben des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

In diesem Falle dürften günstigere Witterungsverhältnisse, verbesserte Anbau- und Pflegemaßnahmen sowie die Pflanzenzüchtung sich gleichermaßen positiv ausgewirkt haben.

Futterhackfrüchte

Beim Futterhackfruchtanbau ergaben sich wegen der bereits 1968 unzureichenden Kohlrübenenerträge starke Verschiebungen. Die Kohlrübenanbaufläche ging um gut 5 000 ha (- 25%) zurück, die Runkelrübenanbaufläche dagegen wurde um gut 3 000 ha (+ 16%) ausgedehnt.

Die Kohlrübenenerträge sanken nochmals um gut ein Fünftel und damit um 32% unter den mehrjährigen Durchschnitt. Aber auch die Runkelrübenenerträge blieben - witterungsbedingt - um 23% unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Das sehr günstige Ergebnis von 1968 wurde sogar um ein Viertel unterschritten. Die Ernte an Futterhackfrüchten blieb damit weit unter dem mehrjährigen Durchschnitt.

Futterbau

Im Ackerfutterbau wurden nach den Berichterstatterschätzungen infolge der Trockenheit in den Monaten Juni bis August ebenfalls um 7 bis 8% niedrigere Erträge erzielt als 1968. Für Dauerwiesen dagegen wurden die gleichen Erträge geschätzt wie im Vorjahr. Verbesserte Bewirtschaftungsformen und stärkere Düngung dürften die Gründe dafür sein, daß die mehrjährigen Durchschnittserträge, abgesehen von der bei uns unbedeutenden Luzerne, in keinem Fall unterschritten wurden. Die gesamte errechnete Rohfutterernte blieb um 4% unter der Ernte von 1968, lag jedoch um 2% über dem Wert des mehrjährigen Durchschnitts.

Die Grünmaiserträge blieben nach den Schätzungen der Berichtersteller um 11% niedriger als 1968. Infolge der starken Anbau-

Die Rohfutterernte 1969

Fruchtart	Anbau ha	Ertrag in Heu gerechnet dz/ha	Ernte in Heu gerechnet		
			t	Veränderung in % gegenüber 1968	Veränderung in % gegenüber D 1963-1968
Klee und Klee gras	33 650	74	248 391	- 15	- 25
Gras auf dem Ackerland zum Abmähen	24 501	65	160 199	- 6	+ 10
Dauerwiesen	152 138	65	990 910	- 1	+ 10
in Grünmasse					
Grünmaïs	3 527	393	138 646	+ 47	+ 95

ausdehnung errechnet sich jedoch eine wesentlich größere Ernte als im Vorjahr.

Gemüse

Der Gemüseanbau in Schleswig-Holstein wurde 1969 nochmals erheblich eingeschränkt. So nahm der Weißkohlanbau um 9% gegenüber dem Vorjahr ab, insbesondere der Herbstweißkohlanbau (- 19%). Der Wirsingkohlanbau ging um 6%, der Rosenkohlanbau um 10%, der Blumenkohlanbau um 13%, der Möhrenanbau um 19% und der Frischerbsenanbau um 8% zurück. Von den flächenmäßig bedeutenden Gemüsearten wurden lediglich Rotkohl und Buschbohnen im Anbau ausgedehnt.

Infolge der späten Bestellung im Frühjahr und der gebietsweise starken Trockenheit und Hitze im Sommer haben viele frühe und mittelfrühe Gemüsearten gelitten und daher nur niedrige Hektarerträge gebracht. Ganz besonders stark fielen die Buschbohnerträge ab; Trockenheit und zu starke Sonneneinstrahlung führten stellenweise zu hohen Ernteverlusten. Die späten Gemüsearten brachten teils etwas geringere, teils auch etwas höhere Erträge als 1968.

Die Gemüseernte 1969
- ausgewählte Arten -

Gemüseart	Anbau ha	Ertrag dz/ha	Ernte		Veränderung in % gegenüber	
			t	%	D	
					1968	1963-1968
Weißkohl	a)	468,8	94 034	- 15	- 25	
	b)	596,2	119 601	- 13	- 28	
Rotkohl	a)	347,6	35 911	+ 6	- 21	
	b)	476,7	49 247	+ 1	- 23	
Wirsingkohl	a)	229,5	10 307	- 17	- 24	
Blumenkohl	a)	233,6	7 873	- 1	- 4	
Frischerbsen (gedroschen)	a)	42,2	7 091	- 15		
Buschbohnen	a)	64,9	7 050	- 25	- 59	
Möhren und Karotten	a)	323,2	28 051	- 28	- 31	
	b)	405,1	35 159			

a) nach den Schätzungen der Berichterstatter errechnet (amtliches Ergebnis)

b) nach den objektiven Erntemessungen berechnet (marktfähige Ware abzüglich 10% für Ernteverluste)

Die Erntemengen blieben bei fast allen bedeutenden Gemüsearten erheblich unter den Vorjahreszahlen. Lediglich die Rotkohlernte war größer als 1969 und die Blumenkohlernte unverändert.

Auch die Erdbeeren haben stark unter der zeitweisen Trockenheit gelitten; die Erträge (70 dz/ha im Landesdurchschnitt) und die Ernte (gut 30 000 dz) fielen daher erheblich niedriger aus als im Vorjahr.

Obst

Im Gegensatz zum Jahre 1968, als nur eine recht mäßige Apfelernte erzielt wurde, brachte das Jahr 1969 sehr hohe Apfelerträge, die zu erheblichen Absatzschwierigkeiten und schwer erträglichen Preiseinbußen für den Erzeuger führten. Auch in den Haus- und Kleingärten wurden wesentlich höhere Apfelerträge erzielt. Ein Teil der Äpfel - nicht nur in den Haus- und Kleingärten, sondern auch Qualitätsobst in den Erwerbsobstanlagen - wurde gar nicht erst gepflückt.

Die Obsternte 1969

Obstart	1968	1969	Veränderung in % Ernte
	Ernte in t		
Äpfel	72 214	93 934	+ 30
darunter im Erwerbsobstbau	28 645	46 434	+ 62
Birnen	15 513	9 973	- 36
Süßkirschen	3 568	2 598	- 27
Sauerkirschen	6 493	5 468	- 16
Pflaumen, Zwetschen	9 244	9 971	+ 8
Mirabellen, Renekloden	1 202	1 408	+ 17

Die Birnenenerträge dagegen waren 1969 außerordentlich unbefriedigend. Vor allem ungünstiger Blüteverlauf dürfte die Ursache hierfür gewesen sein. Stärkerer Moniliabefall und ungünstiger Blüteverlauf wurden vielfach als Ursache für die ebenfalls unbefriedigenden Kirschenenerträge genannt. Die Pflaumen- und Zwetschenenernte war höher als im Vorjahr.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Anbau und Ernte 1967" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 80 (April)

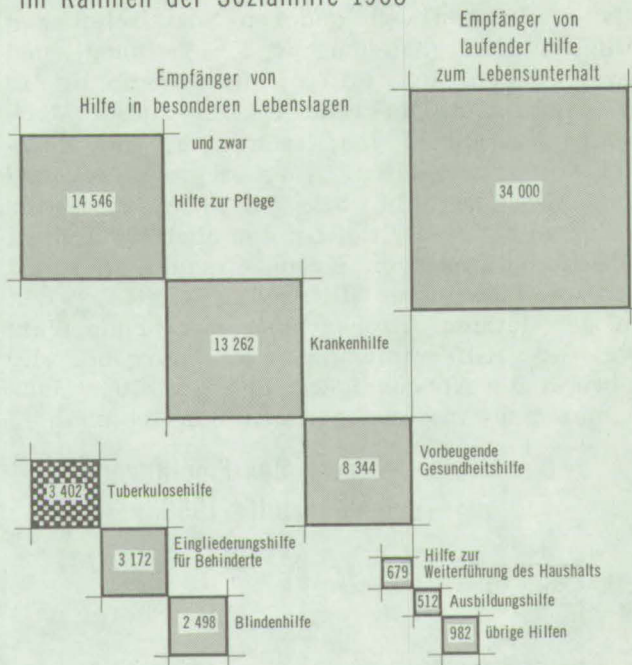
Tuberkulosehilfe 1968

D - 4134

Im Rahmen der Sozialhilfe gibt es die Kategorie der "Hilfen in besonderen Lebenslagen". Hierunter fallen eine ganze Reihe von einzelnen Hilfsmaßnahmen, die alle, im Unterschied zur "Laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt", der Abwehr spezieller Notlagen dienen und jeweils einzeln für einen bestimmten Fall gewährt werden. Eine von ihnen ist die Tuberkulosehilfe, die im Jahre 1968 von 3 400 Empfängern in Anspruch genommen wurde. Wie die Jahresstatistik der Sozialhilfe ausweist, befanden sich nur 177 dieser Empfänger in Anstalten; die Vorstellung, Empfänger von Tuberkulosehilfe seien Kranke in Tb-Heilstätten, trifft also nicht zu. Um was für Fälle es sich handelt, wurde mit Hilfe einer besonderen Erhebung festgestellt, der "Zusatzstatistik über die Tuberkulosehilfe der Träger der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz im Jahre 1968". Es zeigt sich, daß nur etwa die Hälfte aller Hilfeempfänger selbst krank sind oder es waren: An Kranken und Genesenen wurden 1 686 gezählt, und in Heilbehandlung befanden sich nur wiederum knapp die Hälfte davon, nämlich 717. Von den 3 400 Empfängern von Tuberkulosehilfe sind die übrigen, nämlich 1 716, Angehörige von Tb-Kranken. Diese Angehörigen erhalten fast alle laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Ein kleiner Teil von ihnen, nämlich 4%, erhielt - allein oder außerdem - vorbeugende Gesundheitshilfe, das sind hauptsächlich Erholungsaufenthalte in solchen Fällen, wo ein Gesundheitsschaden einzutreten droht. Auch von der Gruppe der Kranken und Genesenen erhielten fast alle (92%) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. 43% waren, wie schon gesagt, in Heilbehandlung. An 8% wurden sogenannte Sonderleistungen gewährt; das sind Beihilfen zur Haltung von Ersatzkräften im Haushalt, die Mitwirkung bei der Wohnungsbeschaffung, ferner auch Beihilfen oder Darlehen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse und Besuchsbeihilfen. An 2% der Kranken und Genesenen wurden schließlich noch Hilfen zur Eingliederung in das Arbeitsleben gegeben; diese Hilfen beziehen sich auf Schul- und Berufsausbildung, Umschulung und Arbeitsplatzsuche.

In der hier ausgewerteten Zusatzstatistik werden die Hilfeempfänger auch nach ihrem Alter gegliedert. In der groben Gruppierung nach 3 Lebensdritteln zeigen sich charakteristische Unterschiede zwischen den Kranken und den Angehörigen. Von den Kranken und Genesenen sind die Hälfte über 50 Jahre alt, 42% zwischen 21 und 50 Jahre alt und nur 7% unter 21 Jahre alt. Bei den Angehörigen liegen die Gewichte anders: Allein 60% gehören

Die Tuberkulosehilfe im Rahmen der Sozialhilfe 1968



Empfänger mehrerer Hilfearten sind mehrfach gezählt

zu den Jungen, 22% zum mittleren Altersdrittel, und nur noch 18% sind über 50 Jahre alt. Ein Vergleich der Zahlen der kranken und genesenen Hilfeempfänger jeder Altersgruppe miteinander sagt nicht viel, weil die vorgegebenen Altersgruppen verschieden groß sind also verschieden viele Jahrgänge umfassen. Eine Aussage ergibt sich aber dann, wenn die Grundzahlen innerhalb jeder Altersgruppe auf den einzelnen Jahrgang umgerechnet werden. Im Durchschnitt je Altersjahr waren unter den

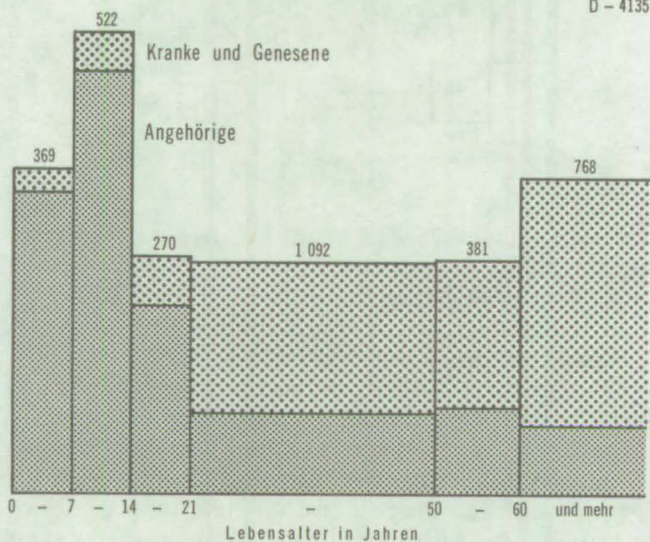
0- bis 6jährigen	4 Kranke und Genesene
7- " 13 "	6 "
14- " 20 "	8 "
21- " 49 "	25 "
50- " 59 "	24 "
60jährigen und älteren	40 ^a "

a) Dieser Wert errechnet sich unter der Annahme von 15 in dieser Altersgruppe vereinigten Jahrgängen, also einem mittleren Todesalter von 75 Jahren. Die Berechnung mit 20 Jahrgängen würde zu dem Wert 30 führen, also immer noch zu einem höheren Wert als in den jüngeren Altersgruppen

Jetzt erscheint ganz deutlich die mit dem Alter zunehmende Morbidität der Tuberkulose, die hier überlagert wird von einem Moment der Sozialfolgen, das sich besonders in höherem Alter noch über die eigentliche

Krankheitshäufigkeit hinaus steigert. Wer in mittlerem Alter an Tuberkulose erkrankte, ist auch nach seiner Genesung in höherem Alter oft weiterhin durch die überstandene Krankheit sozial benachteiligt. Er tritt dann als Empfänger von anderen Sozialleistungen als der Heilbehandlung in Erscheinung, und zwar neben den Fällen, die erstmalig in höherem Alter erkranken. Der Anteil derjenigen Kranken und Genesenen, die Heilbehandlung erhielten, sinkt dementsprechend von zwei Dritteln bei den Kindern unter 7 Jahren auf ein Drittel bei den über 60jährigen. Die Kumulation von Krankheitshäufigkeit und krankheitsbedingter Hilfsbedürftigkeit bewirkt in der letzten Altersgruppe den hohen Wert von 40 Hilfeempfängern je Jahrgang. Er beweist die Notwendigkeit der gezielten Maßnahmen, die in der Sozialhilfe möglich sind.

Die Altersgliederung der Empfänger von Tuberkulosehilfe 1968



Unter den Formen der Tuberkulose herrscht die Tb der Atmungsorgane mit 88% stark vor; nur 7% hatten eine andere Tb und 5% waren an Tb verschiedener Formen einschließlich der der Atmungsorgane erkrankt oder erkrankt gewesen.

Die Zahlen bestätigen die eingangs aufgestellte Behauptung, daß man sich unter "Empfängern von Tb-Hilfe" nicht überwiegend Kranke in

Die den Empfängern von Tuberkulosehilfe 1968 bewilligten Hilfen in %

	Kranke oder Genesene	Angehörige
Heilbehandlung	42,5	-
Hilfe zur Eingliederung in das Arbeitsleben	2,3	-
Hilfe zum Lebensunterhalt	92,5	99,8
Sonderleistungen	7,8	0,2
Vorbeugende Hilfe	-	3,8
Alle Hilfeempfänger in %	100	100
absolut	1 686	1 716

Sanatorien vorstellen dürfte. Die Mehrzahl von ihnen sind überhaupt Angehörige; von den Kranken und Genesenen empfangen weniger als die Hälfte Heilbehandlung, und von diesen, wie die folgende Übersicht zeigt, nur wieder ein Drittel Heilbehandlung in einer Anstalt. So errechnen sich die Empfänger stationärer Heilbehandlung als nur 7% aller Empfänger von Tuberkulosehilfe.

Die Übersicht zeigt auch Einzelheiten über die gewährten Heilbehandlungen. Die Kranken wurden bei jeder für sie zutreffenden Maßnahme gezählt, so daß sich bei der Addition Werte von mehr als 100% ergeben.

Die Tb-Kranken in Heilbehandlung 1968

Insgesamt	717
darunter in %	
ambulante Behandlung	76
stationäre Behandlung	34
erstmalig	15
wiederholt	18
länger als 1 Jahr	2
nachgehende Hilfe	8
Beteiligung an den Kosten	13

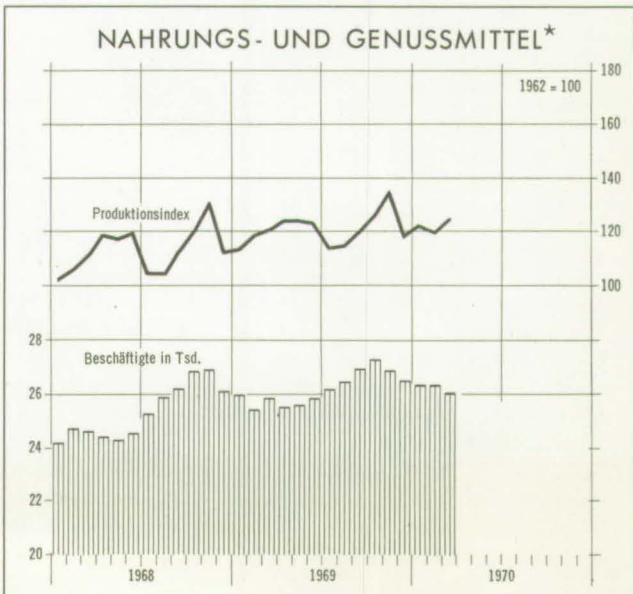
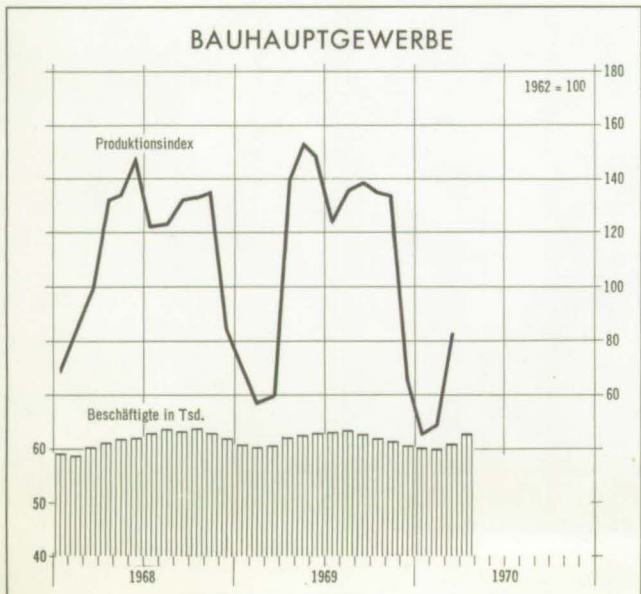
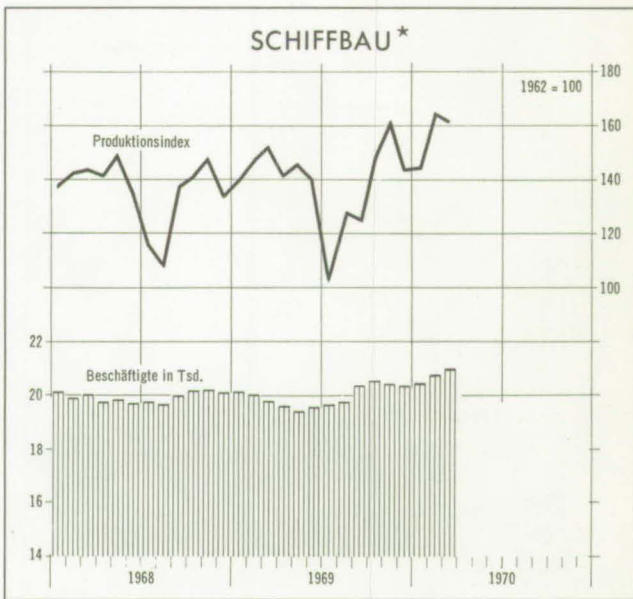
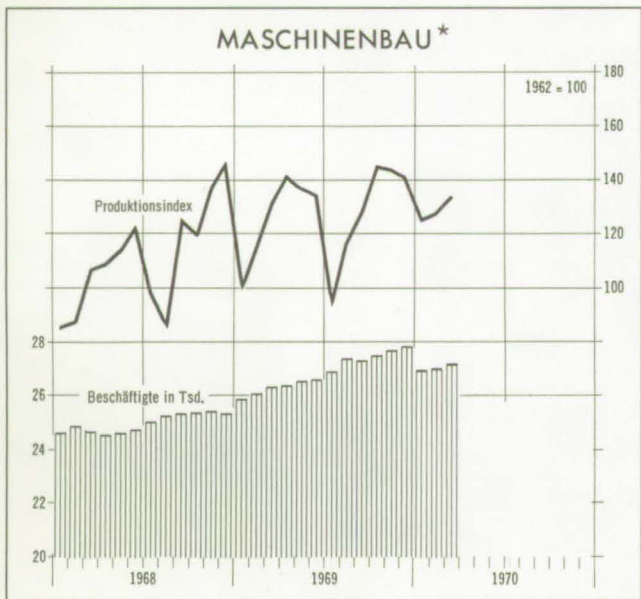
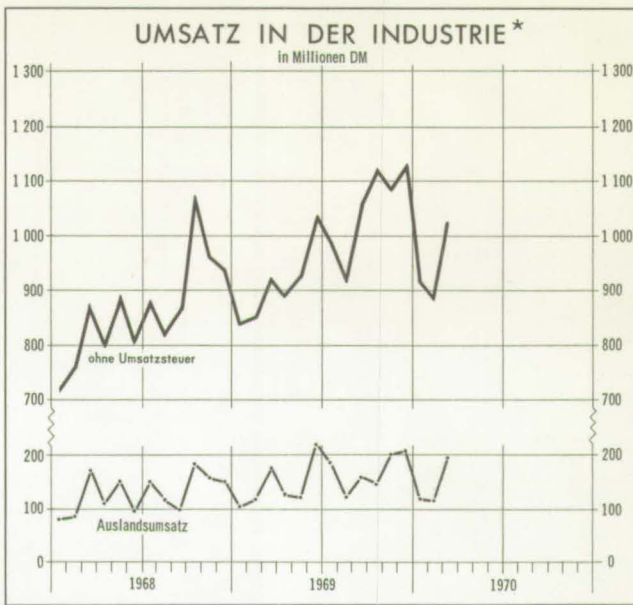
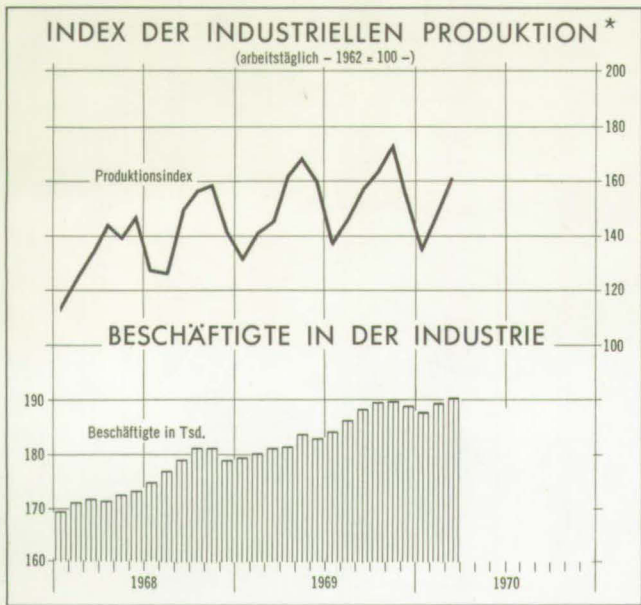
Erfreulich ist die sehr geringe Zahl der Dauerbehandlungsfälle, also solcher, die sich länger als ein Jahr ununterbrochen in Heilbehandlung befinden. Der Anteil derer, die in irgendeiner Weise zu den Kosten der Behandlung beitragen, von nur einem Achtel zeigt das Ausmaß der finanziellen Verpflichtung, die hier die öffentliche Hand zu erfüllen hat.

Arnold Heinemann

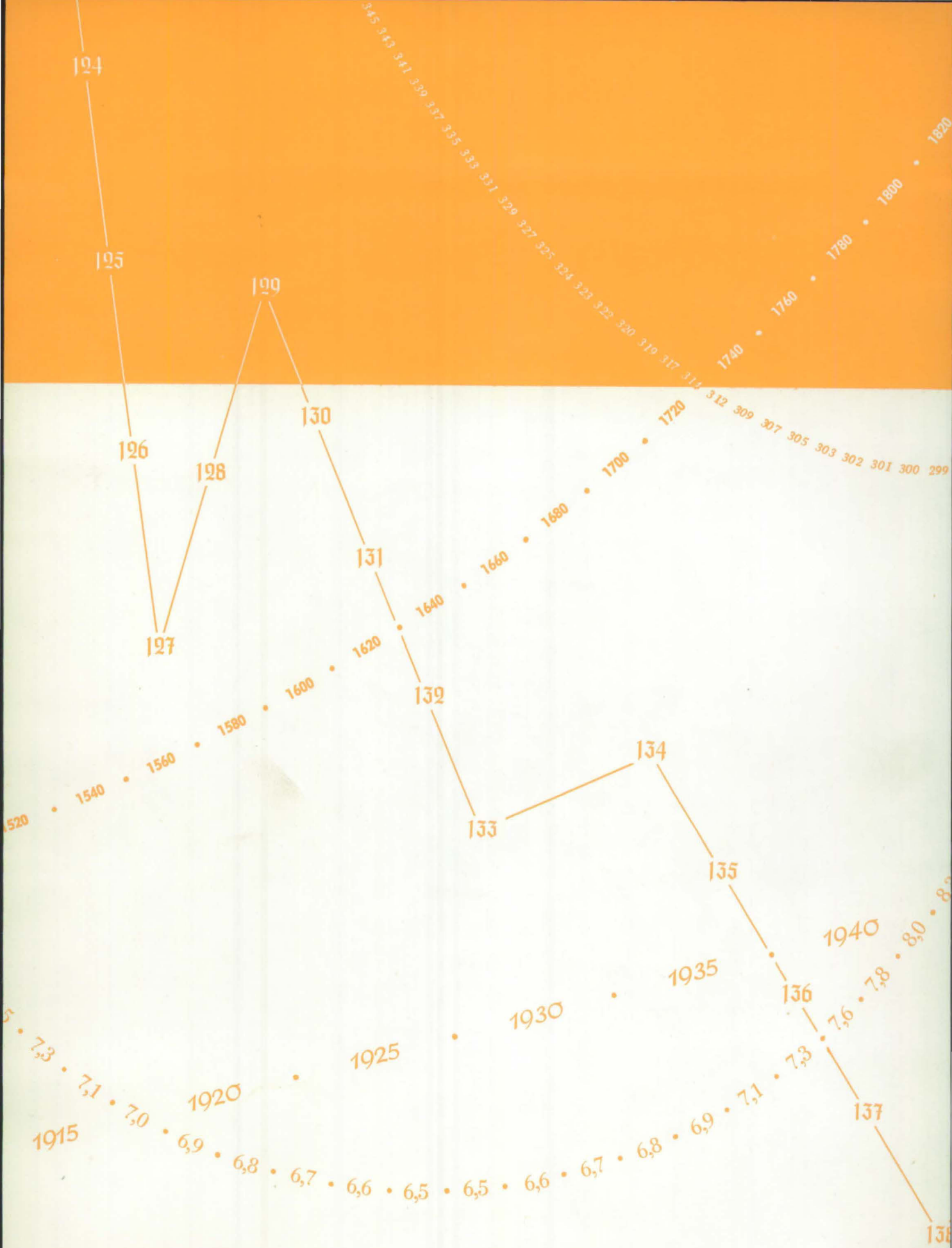
ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1 - 5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. - = Zahlenwert genau Null 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit . = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt, Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheja
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen